

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkaturen und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißkinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Poststempel),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Johann Staping,  
verantwortlicher Redakteur: Fritz Paepcke, beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition:  
Hamburg-St. Georg, Neue Brennerstraße 16, 1. Etage.

Anzeigen  
für die dreigeschossige Petitzelle oder deren Raum zu 30 q.  
Postkatalog Nr. 2161.

Inhalt: Eine „rettende That“ für das Baugewerbe.  
Aus dem Reichstage. — Rundschau: Die Stellung der Arbeiter zu den Maurerklassen. — Baugewerbstheft. — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Der arme Maurer. — Literarisches. — Briefkasten.

Ausgesperrt  
find die Verbandskollegen in Phrik i. Pommern und Alzey.

## Im Streik

befinden sich die Maurer in Bremerhaven, Betschim, Torgelow-Tatnitz, Bohlendorf, Behnstedt, Friedrichroda, Helmstedt, Genthin, Blankenburg a. S., Schöningen, Insel Rügen (das Streigebiet umfasst die Dörte: Bergen, Bünz, Sellin, Göhren, Putbus, Garz und Gingst), Braunschweig, Wurzen, Weissenfels, Weißenfels, Cöthen, Wilhelmshaven, Bant, Garburg, Gniben, Lüthen und Egeln.

## Sperren sind verhängt

über die Bauten der Unternehmer Weller, Lampé und Rechter in Eidelstedt, Brinkmann in Stellingen, für den Baubetrieb Langenfelde-Stellingen-Eidelstedt, Koch in Wandelsbek, Pape und Giese in Pöhlitz, J. Stralenburg und R. & A. Stecklow in Sonnenburg in der Neumark, Maschinenbau-Altinger Gesellschaft Gustavsborg bei Mainz, Scheel, Sayken und Heeds in Bargteheide, Häuser & Florad in Rath bei Düsseldorf, J. Jacob und H. Beisenthal in Uelzen, Tack & Kunau, Fad & Wanbrek und Kleinkne in Pödenbach, Bär, Göding und Grüneberg in Rathenow, Hilberbrandt in Biere b. Schönebeck, Stambe in Ahauswalde und Dinklo in Iserlohn.

## Stukkaturen

streiken in Pirmasens und Stettin. Die Sperr ist verhängt über die Firma Baudis & Häuser in Breslau. Zugang ist weiter fern zu halten von Münster i. W.

## Eine „rettende That“ für das Baugewerbe.

Am 15. März b. J. hat, wie wir mitgetheilt haben, in Berlin die Konstituierung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe stattgefunden. Jetzt hat die „Baugewerks-Zeitung“ das Protokoll der konstituierenden Versammlung veröffentlicht und uns damit in den Stand gesetzt, noch einmal gründliche Kritik an dieser neuesten Gründung sogenannter „Ordnungspolitik“ zu üben.

Vorweg stellen wir mit, daß nach dem Protokoll sich den Bunde sofort angegeschlossen haben: der Landes- bzw. Lokalverbände zu Altenburg, Altona (Bierstadtertrag), Berlin, Brandenburg a. S., Breslau (Maurergewerbe), Breslau (Zimmergewerbe), Burg b. M., Dresden, Erfurt, Gera, Görlitz, Greiz, Jena, Liegnitz, Löbau, Magdeburg, Naumburg a. S., Neuhalbenleben, Neuruppin, Osnabrück, Pasewalk, Potsdam, Pyritz, Rathenow, Saarbrücken a. S., Stettin, Stralsund, Stuttgart, Templin und Wittstock. Eine größere Anzahl von Verbänden soll ihren Anschluß in nahe Aussicht gestellt haben.

Die Innungsannahme der Gründung des Bundes ist auf einen Beschluß des Delegiertentages des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister zu Breslau (6. September 1898) zurückzuführen. Das Baugewerks-Bürokratium ließ sich dabei von der un-

umwunden ausgesprochenen Absicht leiten, die Organisation und Koalition der Arbeiter des Baugewerbes, insbesondere die Streiks, wie überhaupt jede selbstständige Initiative der Arbeiter zu Gunsten besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen unmöglich zu machen. Es wurde u. A. die Vereinbarung in's Auge gefaßt, Arbeiter, welche aus Dritten kommen, wo gesetzlich verbreit, nicht zu beschäftigen. Die Herren Feltisch und Genossen hatten vorher schon dem Reichstag des Innern die Frage vorgelegt, ob nach den gesetzlichen Bestimmungen, betr. das Innungswesen, ein solches Vorrecht für die Innungen zulässig sei. Die Antwort war keine verneinende.

Wir wollen uns nur hauptsächlich mit den Ausführungen beschäftigen, welche nach dem Protokoll der Vorsitzende der konstituierenden Versammlung, Herr Feltisch, über die Aufgaben des Bundes machte:

Der Bund solle keineswegs ein Offenbarverband gegen die Arbeitnehmer im Baugewerbe sein, vielmehr ein Verband zur Abwehr der Übergriffe und ungerechtfertigten Forderungen, die sich die sozialdemokratischen Agitateure anmaßen. Nehmen der Arbeitnehmer solle es ein, das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer, oder eine auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Schritte beschränken zu wollen. Dies sei ein gutes Recht der Arbeiter und ihnen durch Gesetz gewährleistet.

Der Verband habe es sich u. A. ausdrücklich zur Aufgabe gestellt, in eine Prüfung der Forderungen der Arbeitnehmer, ebenso, unter Bezeichnung der Verhältnisse, einzutreten und, soweit sie gerechtfertigt erschienen, bei den Mitgliedern des Verbandes zur Anerkennung zu bringen. Über den unerhörten und unerträglichen gewordenen Verhältnissen und die herrenlosen Gewerkschaften und auf den Baustellen aufzuhören und jede Übergriffnahme einzustellen, die die Herren in den Geschäftsbüros und auf den Baustellen ausüben und die Arbeitgeber und arbeitswilligen Arbeiter erwidern zu können, müsse mit aller Entschiedenheit entgegengesetzt werden, denn es handle sich höchstlich um die Existenz des selbstständigen Baugewerbes.

Die bislangen Verschämungen und die in einem einzigen Angriffe, mit denen die in der vorliegenden Frage hervoertretenden Personen in der sozialdemokratischen Presse ausgeschlagen bedacht wurden, bezeugten, daß das, was gegenwärtig in's Leben gerufen werden sollte, den Kern der Arbeiterschwäche trifft, und man habe Verachtung, die Gründung des Bundes als eine rettende That für das Baugewerbe zu betrachten. — Es liegt an den selbstständigen Gewerbetreibenden, keine Mittel zu schönen, um ihre Selbstständigkeit und Existenz dem gewaltigen Ansturm der Sozialdemokratie gegenüber zu wahren. Denn Wünsten die hierfür notwendigen Mittel nicht aufzuweisen, dann würde man über den Baugewerber bald zur Tagessordnung übergehen.

Die übrigen Redner schlossen diesen Ausführungen sich an. Einer derselben, Herr Teichgräber-Dresden, leistete sich Folgendes:

Die heutigen Verhältnisse im Erwerbsleben seien zu vergleichen mit denen des Kriegsjahrs 1870. Damals wurde Deutschland von einer Großmacht, dem äußeren Feinde, angegriffen, der da glaubte, daß noch nicht geeinte Deutsche Macht mit Leichtigkeit besiegt zu können. Heute ist es der innere Feind, ebenfalls eine Großmacht, die Sozialdemokratie, welche die größten Anstrengungen macht, die Selbstständigkeit der noch nicht geeinten Arbeitgeber, wie überallwoher der Mittelstand zu vernichten und ihren Bestrebungen dienstbar zu machen.

Doch der Bund thätiglich ein Offenbar-Verband gegen die Arbeitnehmer im Baugewerbe, gegen die Ausübung des Koalitionsrechts sein soll, lag von vornherein so klar zu Tage, daß man sich wundern muß über die edle Dreiflügeligkeit, womit Herr Feltisch das in Abrede stellt. Man muß die Kämpfe, welche seit Anfang der 70er Jahre zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft im Baugewerbe sich abgespielt haben, kennen, um zu wissen, daß ersteres seine Angriffe immer gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter gerichtet hat. Vor längerer Zeit schon haben wir einmal die Thatfrage festgestellt, daß das zünftlerische Baugewerksunternehmertum noch niemals Forderungen der Arbeiter als gerechtfertigt anerkannt hat; in jedem Falle hat es versucht, die Forderungen, mochten

sie noch so minimal sein, als „unberechtigt“ zurückzuweisen. Wie man heute sich nicht entbindet, die auf Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Bestrebungen der baugewerblichen Arbeiterschaft als solche hinzufüllen, welche die „Verstärkung des Baugewerbes“ herbeiführen müssen, so ergingen die Baugewerksunternehmer sich bereits vor dreißig Jahren in der albernen Behauptung, daß das Gewerbe „zu Grunde gehen“ müsse, wenn man den Arbeitern gewähre, was sie verlangen. Schon damals wurde aus den Kreisen der Baugewerksunternehmer heraus die Regierung und der Reichstag befürmt, das kaum verlehene und noch garnicht recht in Anwendung gebrachte Koalitionsrecht der Arbeiter wieder zu beseitigen resp. dasselbe erheblich einzuschränken. Und diese selben Unternehmer sind von Anfang vorangegangen mit dem guten Beispiel, die organisierten Arbeiter in rücksichtsloser Weise zu maßregeln. Das berüchtigte System der „Schwarzen Listen“ hat zuerst im Baugewerbe Anwendung gefunden. Anfang des Jahres 1878 erließ der Vorstand des „Norddeutschen Baugewerks-Verbandes“ an seine Mitglieder ein diesbezügliches Rundschreiben. In demselben wird angekündigt, daß mit dem 1. April 1878 die Verwendung der Abgangszettel überall im Vereinsgebiete in Kraft trete; die Mitglieder werden aufgefordert, die Einführung streng zu handhaben und damit die Vereinsinteressen auf das Beste zu wahren“. Diese Abgangszettel waren in drei Klassen getheilt; ein Anhang zum Statut des Vereins steht unter Nr. 2—7 Aufsatz über die Verwendung. Zettel in weißer Farbe und mit dem Buchstaben A versehen, sollten diejenigen Gestellen erhalten, die stets artig und gehorsam und mit Atem zuatmeten waren; die Inhaber derselben durften von jedem Bundesmeister in Arbeit genommen werden. Die zweite Sorte Zettel, in gelblicher Farbe und mit B bezeichnet, wurde an solche Gestellen ausgegeben, welche sich schon einmal an einem Streit auf einem einzelnen Bau oder im Allgemeinen beteiligt hatten. Die Inhaber derselben durften vor Ablauf von drei Wochen vom Tage der Ausstellung an gezeigt von keinem Bundesmeister in Arbeit gestellt werden. Die dritte Sorte Zettel, C, in blauer Farbe, wurde benutzt für Arbeiter, welche Mitglieder der Gewerkschaft waren, in Arbeiterversammlungen sprachen, sich an Streiks beteiligten, solche unterstützten und für Bohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung eintraten. Die Inhaber solch einer Verurteilungserklärung sollten in den ersten acht Wochen vom Tage der Ausstellung an von keinem Bundesmeister zur Arbeit genommen werden, was gleichbedeutend mit Verweisung der Stadt war. Konventionen gegen diese Bestimmungen sollten mit einer „Ordnungs“strafe, für jeden einzelnen Fall pro Mann mit 5 Thaler, geahndet werden. Auch sollte zur Sicherheit solcher Strafzettel jedes Mitglied bei dem Vorstande des Vereins einen Sola-Sicht-Bechsel im Betrage von 100 Thaler hinterlegen.

In diesem verrückten System hat das organisierte Baugewerks-Unternehmertum festgehalten. Niemals ist es ihm eingefallen, in der Arbeiterschaft einen wirtschaftlich gleichberechtigten Faktor zu sehen und zu respektieren; niemals hat es sich eine ehrliche und unbefangene Prüfung der Forderungen der Arbeiter zur Aufgabe gemacht, sondern denselben stets die dumme, demagogische Unmehrheit entgegengestellt, daß die Arbeiter ihr Koalitionsrecht „missbrauchen“, um „unerfüllbare“ Forderungen durchzuführen. Die Arbeiter haben nachweislich immer und in jedem Falle ihre Forderungen den Unternehmern vorgelegt zu dem Zwecke, eine Verständigung zu erzielen, um Streiks zu verhüten. Generalversammlungen und Kongresse, sowie

die Leistungen der Arbeiterorganisationen haben durch bündige Erklärungen und Mahnungen darauf hinzuwirken versucht — und zwar mit Erfolg — daß die Arbeiter ihre Forderungen so rechtmäßig stellen, daß die Unternehmer im Stande sind, bei Übernahme von Arbeiten diese Forderungen zu berücksichtigen. Die Regel bei den Unternehmern aber war höchstmögliche Geltendmachung ihrer Arbeitsherrn-Autorität". Stets sahen sie darin, daß die Arbeiter überhaupt es "wagten", zu fordern, einen "Eingriff in ihre Autorität und Selbstständigkeit". Von seltenen Ausnahmen abgesehen, haben sie der Arbeiterorganisation und deren Vertretung die Anerkennung versagt, ja geradezu die Existenzberechtigung abgesprochen und sich geweigert, in Unterhandlungen mit den Beauftragten der Arbeiter einzutreten. Auf diese Weise haben die Unternehmer die Streiks geradezu provoziert, oder deren schnelle Erledigung verhindert.

Wer alles das weiß, der kann nur ein mitleidig lächeln haben für die Versicherung des Herrn Felsch, der Bund habe sich ausdrücklich zur Aufgabe gestellt, in eine Prüfung der Forderungen der Arbeitnehmer einzutreten, um festzustellen, ob sie "gerechtfertigt erscheinen"! Solche Prüfung vorzunehmen, sind die Herren stets in der Lage gewesen; aber das Resultat ihrer Prüfung hat fast niemals der Gerechtigkeit entsprochen. Wer, der sein Urteil auf Erfahrung zu führen vermag, kann glauben, daß die Leitung des neuen Unternehmerbundes die Absicht hat, die Mitglieder dahin zu bringen, daß sie das Recht der Arbeiter, Forderungen zu stellen, anerkennen? Man will unter Umständen die Behörden zur Prüfung heranziehen. Weshalb? Ohne Zweifel nur, weil man als ganz selbstverständliche voraussetzt, daß die befürdliche Autorität auf Seiten der Unternehmer sein werde. Beweise dafür, daß sie auf die Unternehmerinteressen sich besser versteht wie auf die Arbeiterinteressen, hat diese Autorität befannisch ja oft genug gegeben. Die Spekulation auf Unterführung durch die Bevorden bei Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern trägt wahrläufig nicht dazu bei, die Lenden des neuen Bundes in ein günstiges Licht zu stellen.

Wir wollen dem Herrn Felsch, welchem die "habschaftliche Zeitung" des Bundes übertragen ist, und seinen Genossen einen Vorschlag machen. Die Arbeiterschaft hat im Laufe der Jahre so mancherlei Forderungen erhoben, daß die Herren süßlich wohl im Stande sein müssten, diese Forderungen genau zu unterscheiden und abzuheilen in solche, die ihrer Ansicht nach "ungegerechtfertigt" sind und in solche, die sie als gerechtfertigt erachten. Statt immer nur ganz allgemein von "unberechtigten" Forderungen zu sprechen, sollten sie sich einmal der für das Unternehmerinteresse doch zweifellos sehr wichtigen Aufgabe unterziehen, die "unberechtigten" Forderungen im Einzelnen nachzuweisen und darguthalten, weshalb denn, ohne Gefährdung der Existenz des Baugewerbes, dieselben nicht bewilligt werden können. Und zugleich sollten sie feststellen, welche Forderungen denn eigentlich auf Rechnung der bösen sozialdemokratischen Agitatoren kommen, sowie, worin die "unerhörten und unerträglichen geworbenen Bestrebungen der Führer" bestehen.

Wir meinen, es sei eine Art Ehrensache der Herren Felsch und Genossen, mit solchen Nachweisungen und Gesetzstellungen der Welt die Berechtigung ihrer angeblichen "Abwehr"-Bestrebungen begeisterlich zu machen. Noch nie haben die Unternehmer und ihre Führer einen derartigen Versuch unternommen; immer haben sie sich lediglich in schwulen, pfleglichen und dummen Beschuldigungen gegen die Arbeiter ergangen, wie es auf der konstituierenden Versammlung des Arbeitsgebärbundes auch wieder der Fall gewesen ist. Wollen die Herren Felsch und Genossen jetzt das seither Verfaulne nachholen? Sie werden es nicht thun, weil sie es nicht können! Hinter der elenden Phrase "Abwehr unberechtigter Forderungen" verbirgt sich lediglich das Bestreben, den Unternehmerprofit zu schützen gegen die berechtigten Ansprüche der Arbeiter! Das und nichts Anderes ist die "rettende That für das Baugewerbe", die der Arbeitgeberbund vollbringen soll. In der Behauptung, betreffend den gewaltigen Ansturm der Sozialdemokratie gegen die Selbstständigkeit und Existenz des Baugewerbes, begreift sich eine lächerliche demagogische Unwahrheit. Die Bestrebungen der Arbeiter des Baugewerbes sind aus den habschaftlichen Verhältnissen erwachsen; sie sind in England, wo die Sozialdemokratie für die gewerkschaftliche Bewegung nicht in Frage kommt, seit Jahrzehnten viel weitergehende, als in Deutschland. Es ist der alte Aufzug: die Sozialdemokratie wird als Vorwand benutzt für die Bekämpfung des Bestrebens der Arbeiter um bessere Löhne, längere Arbeitszeit,

menschewürdige Behandlung, Schutz für Leben und Gesundheit.

Wenn von Beschimpfungen und gemeinen Angriffen die Rede sein soll, so ist der Vorwurf, solcher sei schuldig gemacht zu haben, lediglich gegen das Unternehmerthum und seine Preise zu erheben. Man könnte einen starken Band füllen mit den geradezu erbärmlichen Beschimpfungen und maßlos gemeinen Angriffen, die von dieser Seite unausgesetzt wider die organisierten Arbeiter und deren Leiter gerichtet werden sind, um immer aufs Neue wiederholt zu werben. Was demagogische Freiheit irgend zu leisten vermöchte, das haben von dieser Seite die Arbeiter fasssam zu kosten bekommen. \*

Die Bezugnahme des Herrn Leichgräber auf den inneren Feind läßt zum Übelstfluß sehr deutlich erkennen, von welchem Geiste das neue Bundesbürokrathum erfüllt ist. Erst war die Sozialdemokratie allein der "innere Feind", jetzt gehört auch schon die organisierte Arbeiterschaft dazu, weil sie ein menschenwürdiges Dasein sich eringen will. Die Herren Felsch, Leichgräber und Genossen haben bis jetzt nicht bewiesen, daß sie Verständnis haben für die Gesetze des wirtschaftlichen Fortschritts.

Nicht das Bestreben der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern, widerstreicht diesen Gesetzen, sondern das Bestreben der kapitalistischen Profitsucht, diese Bestrebungen zu verhindern und zu verteilen. Die nationale Wirtschaft müßte unfehlbar zu Grunde gehen, wenn es den Arbeitern nicht gelänge, durch Erbringung besserer Arbeitsbedingungen höherer Löhne usw. sich den wachsenden Bedingungen des Kulturerbens anzupassen. In dieser Anpassung, in der stetig wachsenden Verhinderung der Arbeiterschaft an den Früchten der wirtschaftlichen Entwicklung, begreift sich die Gewähr des Fortschritts. Darüber läuft sich heute kein verständiger Mensch mehr, daß die auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung gerichteten Bestrebungen der Arbeiter den nationalen Wirtschaft nicht etwa zum Schluß, sondern zum Segen gereichen.

Möge denn der Arbeitgeberbund seine "rettende That" beginnen. Um die "Erfolge" braucht ihn von vornherein Niemand zu benötigen. Die erste Wirkung seines Auftretens wird ein gewaltiges Anwachsen und Erstärken der Arbeiterorganisationen sein. Man hat diesen Organisationen in aller Form den Krieg erklärt; wohlan, Arbeiter, Freunde und Genossen, kämpfen wir!

#### Aus dem Reichstage.

Berlin, den 27. April.  
Die gestrige Sitzung war der Förderung einer hochmächtigen sozialpolitischen Frage gewidmet. Das Haus begann die erste Sitzung des von der Zentrumsfaktion eingebrachten Antrages, betreffend die Errichtung von Arbeitskammern.

Der Antrag will, daß der Reichstag die herkömmlichen Regierungen erfuhr, einen bissigzügigen Gesetzentwurf einzurichten, um so den Arbeitern den freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbedienden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den Legislatoren Führung zu behalten.

In Verbindung hiermit steht der Antrag des wissenschaftlichen Abgeordneten Rösse, wonach ein Reichsarbeitsamt errichtet werden soll, welchem die Untersuchung und Feststellung der Arbeiterverhältnisse im deutschen Reich, unter Einziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmern, obliegt.

Ein Votabeantrag des nationalliberalen Abgeordneten Freiherrn Seul zu Herrn Dr. Rösse will den Antrag des Zentrums dahin erweitert wissen, daß die Gewerbegebietskarte ausgebaut und aus ihnen Abteilungen zur Arbeitslosen-Unterstützung, zur Verhinderung von Wucher und Forderungen der Arbeiter zu gebildet werden, und daß diese Abteilungen als Einigungsamt in Halle von Streitseiten funktionieren.

Wir haben schon das Deteriori und erstmals vor kurzer Zeit darauf hingewiesen, daß die Idee der Bildung öffentlich-rechtlicher Körperschaften zur Wahrung der Arbeitnehmerinteressen quer durch die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages in der Form bestimmter Gesetzesvorschläge gebracht worden ist. Das war vor fünfzehn Jahren. Die Vorschläge der sozialdemokratischen Fraktion gingen auf Errichtung von Arbeitsämtern und Arbeitskammern, sowie eines Reichsarbeitsamtes. Erste Körperschaften sollen die Unterführung und Feststellung der Arbeiterverhältnisse übernehmen, regelmäßige statistische Erhebungen über Wohn, Arbeitszeit, Wohnungswesen, Arbeitslosigkeit etc. anstellen, den Arbeitsnachweis, Inspektionen, die Gewerbe-Inspektion leiten, die Arbeitslosenuntersuchung vorsegen, Schiedsgerichte und Einstellungskammern bilden etc., während das Reichsarbeitsamt alle diese Veranstaltungen überwachen und die Summe der gewonnenen Rejultate in entsprechender Weise vertrieben sollte.

Diese Vorschläge hat die sozialdemokratische Fraktion, nachdem sie baulich keine Unterstützung fanden, absehn noch zweimal dem Reichstage unterbreitet. Nunmehr die staatenstreuenden Parteien und die Regierungen sie zurück als undurchführbar, in Wahrheit aber, weil man von ihrer Verwirklichung erhebliche Vorhabe für die Sozialdemokratie erwartete. Seit haben Ultramontane und Nationalsozialistische die Idee aufgeschlagen zu gescheiterlicher Verweichung.

Bei der gestrigen Beratung der Anträge meinte der Zentrumsführer Dr. Hildebrandt, man möchte in den Arbeitskammern die Unternehmer und die Arbeiter beschäftigt verbinden, weil die Interessen Beider im letzten Grunde solidarisch sind. Das ist allerdings „im letzten Grunde“ nicht der Fall. Von einer Interessenharmonie föderativ zwischen Kapital und Arbeit kann nicht die Rede sein, aber die Zusammenhang hat auch die Sozialdemokratie stets vertreten, daß Arbeitnehmer, in welchen Arbeitern und Unternehmer vertreten sind, sehr wohl und ganz erheblich dazu beitragen können, daß unter Vermittelung von Streiks, Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern getroffen werden.

Herr Dr. Hildebrandt sieht sich der Anfrage hinzugeben, daß Arbeitnehmer die selbstständigen Arbeiterorganisationen überflüssig machen werden. Das ist wieder ein bedauerlicher Irrthum, dem man auch auf nationalliberaler Seite zugeht. Die Arbeiter können und werden niemals auf ihre selbstständigen Organisationen verzichten, zumal nur auf diesen Organisationen die Institution der Arbeitsämter aufgebaut werden kann, wenn sie Werth haben soll. Herr Hildebrandt erkennt ein ironisches Bravado der Sozialdemokratie darin, daß er sich zu der Behauptung versteig: in den Arbeitskammern werde man den arbeitsfähigen Punkt finden, „um die Sozialdemokratie aus den Angeln zu heben“!!

Der freiwillige Abgeordnete Bachmann trat lebhaft für den Antrag Rösse ein, indem er u. a. geltend machte, daß die geforderte Einsichtung die Zahl der Arbeitseinrichtungen erheblich vermindern werde, und daß ähnliche Einrichtungen bereits in England, Frankreich und der Schweiz, sowie in Amerika bestehen.

Freilich stimmte Stumm zuletzt sich wieder mal in seiner ganzen Großheit. Er will von Arbeitssämttern nichts wissen, will die beliebten „ohne Zweifel der Sozialdemokratie einen großen Erfolg“ verhängen werben. Die Sozialdemokratie werde sich dieser Institutionen bemächtigen. Nur um alles in der Welt nicht Arbeitssämtter, denn dieselbe werde den Kampforganisationen der Arbeiter die Waffen liefern, und dazu seien die Regierung und der Reichstag doch nicht verpflichtet!

Die ersten Anschauungen überzeugten den nationalliberalen Abgeordneten Freiherrn Seyl zu Gruntheim und sein Fraktionsgenosse Bassermann. Letzterer will die Arbeitssämtter um der Interessen der Staatsfreien Arbeitern willen. Nebrigig konkilierte er, daß die Arbeit „vielfach“ erneure Arbeit abgeben, als die Fachleute“. Und Herr Bassermann erklärte: es gehe unter den Arbeitern viele Intelligenzen; daß keiner er aus seiner Tätigkeit im Gewerbe bereit sei. „Da war die Objektivität, Einfach und gute Wille unter den Arbeitern.“ Befriedigend sind die Arbeitgebervertreter im Gewerbebereit fast durchweg Sozialdemokraten.

Der Abgeordnete Rösse ging lächelnd mit dem Stumm vertratene Arbeitgeberabsolutismus in's Gericht. Die Arbeitgeber könnten ungefährlich (oft gar nicht) mit Unterstüzung der Behörden, Mel. b. Gruntheim) die Gesetze übertragen, während die berechtigten Forderungen der Arbeit von den Behörden angegriffen werden. Die Arbeitler müßten das volle Koalitionsrecht Gebrauch machen wollen, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen, wird nach den Behörden gefordert und die Behörden lassen leider die tatsächliche Unparteilichkeit vermissen. Es ist Pflicht der Behörden, in jedem Kampf, die mit dem Staatsinteresse nichts zu tun haben, völlig neutral zu stehen. Es liegt garnicht im Staatsinteresse, wenn die Behörden sich gegen Streiks im Allgemeinen wenden, die doch dazu dienen, die Lebenshaltung der arbeitenden Klasse zu steigern und damit den Außenkonsum zu erhöhen. Damit will ich natürlich nicht den Berechtigung eines jeden Streiks das Wort reden und auch nicht einer direkten Parteinahn des Staates für die Arbeiter. Was ich nur verlangt ist volle Neutralität.“

Die Beratung wurde abgebrochen werden; ihre Fortsetzung erfolgt am nächsten Schwerinstag, und werden alsdann die Vertreter der Sozialdemokratie zum Worte kommen. Bezeichnend bleibt noch besonders, daß die verbübluden Regierungen es nicht der Mühe wert erachtet hatten, ihre Vertreter an den Beratungen teilnehmen zu lassen. Am Bundesräthstift die war Niemand, nicht einmal der „Minister für Sozialpolitik“, Herr Dr. Posadowsky.

#### Stundewahl.

\* Maßfeier. In Hamburg beklagten sich etwa 12000 Personen an der Tagesfeier. Besonders stark waren die Maurer und übrigen Handarbeiter vertreten. Aus Kiel schreibt man uns: 95 % aller Bauarbeiter feierten den 1. Mai durch Feierstunde. Die Vormittags-Versammlung war von 2000 Personen besucht.

\* Soziale Rechtschaffense. Auffällige Überprüfung bei der Rentenbestimmung. Die brandenburgische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft legte seit einer Rente von 70 Pf. die der Arbeiter Lemke für eine Weinbergsleistung erhielt, auf 50 Pf. herab, obwohl ihr Bertrauensmann erklärte, daß der Verleger wirklich nicht viel arbeiten könne. Die Berufsgenossenschaft hielt einen Gutachten des Dr. Reinke, worin eine wesentliche Verkürzung festgestellt wurde, für ausschlaggebend und legte auf die Neuerierung ihres eigenen Bertrauensmannes wenig Gewicht. Lemke legte Berufung ein und berief sich auf das Zeugnis des Bertrauensmannes, der bestätigte, daß sich der Müller die größte Mühe gebe, etwas zu leisten, ohne recht vorwärts zu kommen. Dr. Reinke erklärte dagegen, der Zustand des Müller habe sich wesentlich verbessert. Er würde auch mehr leisten können, wenn er geschwungen würde, die ländliche Schönung seines Weinessen auszugeben. Es sei sowohl wieder hergestellt, daß er nicht mehr am Stad zu gehen braucht; trotzdem beansprucht er immer noch den Stad. Das Schiedsgericht bläßtigbar auf die Erhöhung der Rente. Lemke legte mehr als ein und machte gestand, daß das Gutachten des Dr. Reinke unzulässig sei. Das Reichsversicherungsamt wies jedoch das Rechtsmittel als unbegründet zurück. Es führte aus, nach dem ärztlichen Gutachten, daß die Erhöhung der Rente von 70 Pf. auf 50 Pf. gerechtfertigt.

Militärsitz und Invalidenrente. Nach § 17 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes wird auf die

Wartezeit von fünf Beitragssächen die Militärzeit angerechnet. Der Tscholer Anhänger hatte sich bei der Erhebung eines Rentenanspruches hierauf befehlen. Die Versicherungsanstalt verfügte ihm jedoch die Invalidenrente wegen Nichterfüllung der Wartezeit, indem sie zwei Wochen, in die die Verförderung des Altersersatzes nach und von dem Garnisonorte fiel, nicht für anrechnungsfähig hielte. Das Schiedsgericht hob indessen den ablehnenden Bescheid wieder auf und billigte d. die Rente zu. Es ging davon aus, daß jene beiden Wochen auf die Wartezeit anzurechnen seien. Das Reichsversicherungsamt gab der hiergegen eingeklagten Revision der Verförderungsanstalt und des Staatskommisars statt und bewies die Sache zur nochmöglichen Verhandlung an das Schiedsgericht. Zur Begründung wurde ausgeführt: „Im vorliegenden Falle wäre die Wartezeit nach den bisherigen Feststellungen nur erfüllt, wenn die fraglichen zwei Wochen hinangerechnet werden könnten. Nun müßte allerdings dem Schiedsgericht daran begegnet werden, daß Seman auch während der Zeit des Hin- und Rücktransports zu und von dem Garnisonorte im Sinne des § 17 zum Stere eingesogen sei, um seine Wehrpflicht zu erfüllen. Hierfür spreche, daß der Wehrpflichtigen vom Angenommen seiner Übernahme bis zum Augenblick seiner Entlassung durch den Transport leitende Militärbehörde maßlich und rechtlich den Befehlen der letzteren in ganz derselben Weise unterworfen sei, wie während der eigentlichen Ausbildung bei der Krippe. Die Zeit, die dem Verletzten durch die Eingliederung zum Militär und durch die Entlassung verloren geht, könnte jedoch nur auf die Wartezeit angerechnet werden, wenn es sich um vollständige Kalenderwochen nicht aber, wenn es sich bloß um Teile von Wochen handele, denn nur solle Woden hinlangen den Beschränkungen, die die Beitragsleistung bedingende versicherungspflichtige Tätigkeit fortzuführen. Im vorliegenden Falle können aber nur vier und zwei Tage der beiden strittigen Wochen in Betracht, die beiden Wochen stehen also für die Wartezeit ans. Die Klagelegung sei an das Schiedsgericht zurück zu verweisen, weil die Annahme nicht liege, daß Alters weit mehr Woden versicherungspflichtiger Beschäftigung hinter sich habe, als Marsen gesehelt.“

\* Für Krankenassen resp. deren Mitglieder in Preußen hat jüngst das Oberverwaltungsgericht eine wichtige Entscheidung getroffen. Durch Erlass des preußischen Ministers des Innern vom 18. Oktober 1888 war *Naturheilfunden* ein Mitglied des Reichs abgesprochen, öffentliche Zeugnisse über die Erwerbsunfähigkeit erkrankter Krankenassensleider aufzutellen. Gestützt auf diesen Erlass, hatte nun die Rücksicht führende Polizeibehörde in Erfurt dem Vorlesenden und dem Kommandeur der dortigen Verwaltungsstelle der Centralstraf- und Strafgefängnis der Zimmerser in Hamburg (C. V. Nr. 2) untersagt, ferner Krankengeld auf Grund solcher Zeugnisse an frische, erwerbsunfähige Mitglieder auszuzahlen. Nun ist aber in dem vom Reichskanzler genehmigten Statut dieser Kasse den Mitgliedern gewährt, sich auf Kassenlosen in Krankheitsfällen von Naturheilfunden behandeln zu lassen. Einige Mitglieder in Erfurt hatten davon Gebrauch gemacht und der Kommandeur habe, trotz der dem Vorlesenden zugestellten Strafbefehlung für den Fall, auf Grund der Bescheinigungen des Naturheilfunden das Krankengeld ausgeschüttet. Die Folge davon war, daß der Vorlesende in einer Strafe von 100 genommen, ihm eine solche von 25 und dem Kommandeur eine solche von 100 für ferneres Vergehen gegen das Verbot angeordnet und ihnen aufgegeben wurde, für die Auszahlung des angeblich zu Unrecht ausgedachten Krankengeldes an die Kasse Sorge zu tragen. Gegen diese Strafe und die Strafbefehlungen wurde im Verwaltungsstreitgericht beim Bezirksgerichtsgericht anfangs genauig gemacht. Dieser entschied aber in einer Sitzung am 16. März 1888, sich ebenfalls auf den voreingewandten ministeriellen Erlass stützend, an den Antrag der Kasse, daß Zeugnisse über Erwerbsunfähigkeit bzw. Unzähligkeit eines öffentlich-rechtlichen Charakter trügen, da die Existenz von Vermögensansprüchen (Nicht an Krankengeld) nicht vor der einschlägigen Erklärung einer Krankenperson abhängig gemacht werden dürfe, daß also das Recht auf Gewährung von Krankengeld sich auf die Zeugnisse von staatlich approbierten Ärzten stützen müsse, um auferkannt zu werden. Nun legten die beruhigten Kassenbeamten Berufung gegen dieses Urteil im Oberverwaltungsgericht ein, welches das Urteil des Bezirksgerichts wieder umstieß und in einer Sitzung am 22. Oktober 1888 erkannte, daß das den Mitgliedern statutarisch gewährte Recht, sich auf Beweise von Naturheilfunden in Krankheitsfällen behandeln zu lassen, zugleich die Zeugnisse der Kasse enthalte, auf das Zeugnis des Naturheilfunden über die Erwerbsunfähigkeit des Kranken in Krankengeld zu zählen, zumal das im vorliegenden Falle unbestritten anerkannte Recht der Naturheilfunden auf Behandlung der Kranken weit bedeutungsvoller sei, als die Aussicht auf Verhinderung der Krankheit oder das Fortbestehen oder die Beendigung der Erwerbsunfähigkeit. Damit ist also festgestellt, daß Krankenassen, welche ihren Mitgliedern kostenlose Behandlung durch Naturheilfunden gewähren, auch auf Zeugnisse der Ärzte einen unbemerkbaren Krankengeld an diese Mitglieder auszahlen können, wenn dieselben erwerbsunfähig sind.

### Die Stellung der Ärzte zu den Krankenassen.

Mit dieser für die Ärzte sowohl als auch für die in Krankenassen versicherten Arbeiter gleich wichtigen Frage beschäftigte sich der 27. deutsche Arztag, der am Freitag, 10. April, in Dresden. Die Berichterstatter Dr. Landsberger, Bothen und Dr. Weiß-Münzen hatten der Versammlung folgenden Antrag unterbreitet:

„Nachdem der Arztag wiederholt betont hat, daß durch die Einführung der freien Arztwahl die Aufgaben der Krankenassen am besten erreicht und die herzöglichen Forderungen der Ärzte und der Kassenmitglieder erfüllt würden, nähert ferner durch zahlreiche Beispiele die Durchführbarkeit der freien Arztwahl bei vollem Gebehen der Krankenassen erwiesen ist, und andererseits die willkürliche Ausschließung von zur Mitarbeit bereiten Ärzten vielfach zu schweren Gewalttaten geführt hat, erläutert der 27. deutsche Arztag: 1. Es ist an der Zeit und ein Erfordernis des öffentlichen Wohles, wenigstens zunächst bei den Orts- und Gemeinde-Krankenassen, gleichlich die freie Arztwahl einzuführen. 2. Es erwartet demgemäß von den gegebenen Körpergruppen des Deutschen Reiches, daß diesem Erfordernisse entsprochen werde: 1. Durch Entfernung der Worte „öffentliche Behandlung“ bzw. „Ärzte“ aus § 6a und § 26a Abs. 2 Nr. 2b, sowie aus § 46 des Gesetzes vom 10. April 1892; 2. durch Einführung

folgender Bestimmungen in das Gesetz: a) Die Mitglieder der Orts- und Gemeinde-Krankenassen können sich im Falle der Erkrankung eines Arztes aus denjenigen approbierten Ärzten des Kreisbezirks wählen, die sich zu den entsprechenden Leistungen verpflichtet haben. b) Die Honorierung der kassenärztlichen Leistungen hat grundsätzlich nach den Mindestanforderungen der Landesgesetze, bzw. den ortsüblichen Mindestanforderungen zu erfolgen. Nebenfalls dürfen diese Kosten nicht höheren Mitgliedern erhöhte Leistungen gewähren, über deren Leistungen verfügt, ehe nicht diese Mindestanforderungen für die Ärzte erreicht sind. c) Das Verhältnis der Ärzte zu den Kosten wird durch schriftlichen Vertrag festgelegt. Der Vertrag soll insbesondere die Bestimmung enthalten, daß eine vorübergehende Reduzierung der ärztlichen Gehälter nur dann erfolgen kann, wenn die anderweitig notwendigen gesetzmäßigen Aufwendungen des Kusses es für deren Bestand erforderlich erscheinen lassen. Der Vertrag bedarf der Genehmigung der staatlichen Standesvertretung der Ärzte.“

Dr. Landsberger fügte u. a. aus: „Die freie Arztwahl liegt in erster Reihe im Interesse der Arbeiter. Diese müssen das Recht haben, sich denjenigen Arzt zu wünschen, an dem sie Beratungen haben; andererseits würden die Möglichkeiten des Sozialarbeitsgebiets dazu führen, daß der Arbeiter genehmigt sei, sich gewissermaßen einem von ihm nicht gewollten Arztenarzt anzubetteln. Über auch im Interesse des ärztlichen Standes liegt die freie Arztwahl. Es ist Aufgabe des Staates, allen seinen Angehörigen freie Wahl zu schaffen. Der gegenwärtige Stand der Kassenärzte sei in hohem Maße geeignet, das Interesse der Ärzte zu schützen. Honorar kommt von dem Worte bonus. Wenn das Interesse der Ärzte in den Augen des Publikums nicht laufen sollte, dann dürfte einmal durch die Krankenassen ihre Unabhängigkeit nicht angetastet werden und andererseits das ärztliche Honorar nicht unter einen bestimmten Mindestmaß bringen.“

Dr. Weiß-Münzen beantragten Zeugenzufluss.

Dr. Alexander Berlin: Die Sozialarbeitsgebiebung sei nicht bloss gegeben worden zum Wohle des Arbeiters, sondern um alle Stände der Bevölkerung wirtschaftlich zu heben und damit eine Erstärkung des Staates herbeizuführen. Alle staatlichen Maßnahmen seien Selbstzweck. Der ärztliche Stand bilde aber einen integrierenden Teil der Bevölkerung und somit verlängert, das durch die Sozialarbeitsgebiebung sein Interesse und seine materielle Lage nicht geschädigt werde. Durch die ärztliche Honorarfrage von 60–80 % werde aber, abgesehen von der materiellen Seite, das Interesse des höheren Standes in hohem Maße geschädigt. Deshalb sei es Pflicht der Ärzte, hier die Hilfe des Staates anzuregen und eine Abänderung des Krankenfassengesetzes zu fordern. — Dr. Weiß-Münzen Berlin: Es könne Herrn Dr. Alexander nur zustimmen. Es gäbe in Deutschland 8.887.000 versicherte Arbeiter, davon gehörten welt über 8.000.000 den Betriebs-, Firmungs- und freien Gütern an. Weihen sollen die Mitglieder dieser Kassen der Wohlhabigkeit der freien Arztwahl nicht Willkür werben? Die freie Arztwahl werde nicht in erster Reihe des höheren ärztlichen Honorars wegen gefordert, sondern ganz besonders, um Zukunft, wie sie in mehreren Säcken des Reiches vorliegen, zu befestigen. Die Wahl der Kassenärzte werde nicht nach der wissenschaftlichen Erfülligung, sondern nach Gunst und Ansehen, die die eingetretenen Ärzte bei den Kassenvorständen geniegen, vollzogen. Diesem unbedeckten Zustande muß durch entsprechende Änderung der Gefiebung Ende gemacht werden.

Nachdem die Generalversammlung geschlossen und in der Spezialabstimmung sich von einer ganzen Anzahl Mediziner die meisten für die Thesen der Kassenärzten ausgedehnt hatten, gelangten diese schließlich unter Streichung der Worte im Gefieb 1, „wenigstens zunächst bei den Orts- und Gemeinde-Krankenassen“ zur Annahme. Der Gefieb 2 b wurde in folgender Fassung angenommen: „Die Honorierung der kassenärztlichen Leistungen hat nach den Mindestanforderungen der Landesgesetze zu erfolgen.“ 2 a gelangte in folgender Fassung zur Annahme: „Das Verhältnis der Ärzte zu den Kosten wird durch schriftlichen Vertrag festgelegt.“ Der Vertrag bedarf der Genehmigung der staatlichen Standesvertretung der Ärzte.“ Der Gefieb 2 d der Berichterstatter gelangte unberücksichtigt zur Annahme. Ferner gelangte noch auf Antrag der Stadt Leipzig und Dr. Lierze-Liebig ein, füglicher Antrag zur Annahme: „Die Herabsetzung eines fachverbindlichen Vertrags bei Revision des Krankenversicherungsgesetzes ist erforderlich.“ Auf Antrag der fünf ärztlichen Bezirkvereine zu Hamburg wurde beschlossen:

„Der deutsche Arztag möge eine Petition an den Reichstag richten, dahingehend, daß der § 6 a Abs. 1 Nr. 2 des Krankenversicherungsgesetzes vom 18. Juni 1888 erweitert werde, als unter den Kassenleistungen Krankenhaus-Behandlung auch den Geschlechtskranken zu gewähren.“ Endlich gelangte noch folgender Antrag des Professors Dr. Löder (Dresden) zur Annahme:

Der Deutsche Arztag wolle beschließen: „1. Personen, die ein jährliches Gemeinkommen von über M. 2000 haben, dürfen nicht in den Krankenassen versichert sein. 2. Der Arztfall und ärztliche Hilfe ist unzweckmäßig im Gefieb zu legen. Zur ärztlichen Behandlung (§ 6 Abs. 1 Nr. 2) sind ausdrücklich in den deutschen Bundesstaaten approbierte Ärzte berechtigt.“

In nach Vereinigten vorgenommener schriftlicher Abstimmung stimmten alsdann rund 12.000 Mitglieder von ärztlichen Standesvertretungen für, rund 1500 gegen die gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl.

### Bangewerbliches.

\* Fähigkeit der Bangarbeit. Voraussetzung. (Eig. Ver.) Am Donnerstag, den 27. April, stürzte der Sohn des Maurermeisters Peter Galleßen am Bau seines Hauses von der Balkenlage der ersten Etage in den Keller und brachte dabei das Schädelbein. Die Kellerlage war nicht abgebaut, und wäre der Berufsmutter auch nur eine Handbreit seitwärts gewesen, so hätte er sich auf einem Eisenen Träger den Tod gefürchtet. Die Ursache des Unglücks ist in der Spannung des Meisters zu suchen; er will alle seine Arbeiten so

billig wie möglich herstellen wollen. Um dieses ermöglichen zu können, stellt er billige Arbeitskräfte ein. Unter Anderen beschäftigt er auch einen Schlossermeister; er lädt nämlich die Zimmerarbeiter in eigener Regel ausführen von einem Mann, der Maurer und Zimmerer sein will, von beiden Geschäftsräumen aber keinen Dünkt hat. Darauf ist es auch aufzufallen, daß obgleich die Männer schon viele Tage lagen, noch Einschluß barin war: Sein Sohn, der Berungslüde, mußte, obgleich Maurerlehrling, ebenfalls Einschluß schneiden, also Zimmerarbeiter vertragen, und dies nur behaft, um den Zimmermann zu haben, der für seine Arbeit einen Stundenlohn von 40 % beansprucht. Das Ausnutzen am Dienstag ist ebenfalls sehr unangemessen und Schwierigkeiten fehlen ganzlich. Nach man dem Meister darauf ausnahm, dann heißt es: „Ach, ich war schon so lange Meister und habe nichts Dergleichen gehabt, es wird wohl auch ohne Dasselbe gehen.“

Erla. (Eig. Ver.) Am Montag, den 24. April, stürzte beim Neubau der Unterroffiziers-Wohnungen der Maurer Heinrich Reuter, der Arbeiter F. Dörre und Arbeiter C. Jerski infolge Bruch eines Kreuzbeins 8 m herab. Die beiden Letzteren kamen mit leichteren Verletzungen davon. Jerski wurde dem Krankenhaus eingeliefert.

Dresden. (Eig. Ver.) Am Donnerstag, 20. April, Uhr, stürzte das Gerüst des Sanatoriums Stein zusammen, wodurch vier Maurer verunglückten; drei trugen schwere Kopfverletzungen davon, der vierte erlitt eine Gehirnerschütterung. Das Gerüst war sehr ungern gebaut, die Maurer waren auf Werksloge geklebt und die Gerüstbretter waren sehr schwach, einige waren nur 1 cm stark. Unfallverhütungsbordsteine waren nicht ausgehangt. Am Dienstag vorher verunglückten bei demselben Meister zwei Zimmerlehrlinge beim Abholen von Baumholz. Das Holz rollerte vom Wagen und löste die beiden Bretter hinweg.

Tübingen. Am Bahnhof Mitte ereignete sich am Morgen des 27. April zwischen 6 und 8 Uhr ein schwerer Unglücksfall. Dort werden schon seit längerer Zeit Sprengungsarbeiten vorgenommen. Die gewonnenen Steine werden von einer Maschine bearbeitet und dienen zur Herstellung von Ballast; sie werden auf einem Gerüst zur Maschine gefahren. Die Arbeiter waren am Abend vorher die 10 Uhr an der Arbeit; am anderen Morgen um 6 Uhr ging die Arbeit wieder los. Zwischen 6 und 8 Uhr ereignete sich das Unglück, indem das Gerüst, das wahrscheinlich noch und nach durch die Geschüttung bei den Sprengungen an Ballastbalken verlor, zusammenstürzte. Drei Arbeiter, darunter der Schachtmelder, sind schwer verletzt, einer leicht; sie wurden per Krankenwagen nach dem St. Josephshospital gebracht, wo sie sofort operiert wurden. Die Untersuchung wurde eingeleitet.

Hamburg. Durch einen Sturz vom Gerüst aus bei Höhe der dritten Etage beim Neubau der Elektrofaktorei, Ecke Oberbaumstraße und Wilhelmstraße, hat sich bei in der Abendstunde, darüber der Schachtmelder, eine schwere Schädelbruch zugezogen, am dem er im Eppendorfer Krankenhaus verstorben ist.

Berlin. Auf einem Neubau am Hamburger Platz stürzte infolge Freiwilligens ein daselbst beschäftigter Arbeiter vom Gerüst und erlitt eine so schwere Brustverletzung, daß sie seine Aufnahme in das Krankenhaus notwendig machte.

München. Am 26. April, Abends 6 Uhr, ist an einem Neubau an der Kreuzstraße in Haidhausen beim Aufziehen von Brettern das Gerüst abgebrochen und stürzte einen Maurer, der Schachtmelder, 22-jähriger Arbeiter Hilles einen schweren Schädelbruch zugezogen, an dem er im St. Josephshospital darunterlitten. Die Verletzte wurde in das Krankenhaus gebracht.

Katharinen. Durch einen Sturz vom Gerüst aus bei Revision des Betriebsvertrages der Elektrofaktorei, Ecke Oberbaumstraße und Wilhelmstraße, hat sich der Schachtmelder, ein 22-jähriger Arbeiter, schwer verletzt. Der Maurer, welcher im mehreren Jahren seine Verletzungen, welche er mit eingefüllten Säcken des Reiches erlitten, nicht ausheilen konnte, ist nach Hause gegangen. Der Maurer wurde in das Krankenhaus gebracht. (Eig. Ver.) Am Freitag, den 28. April, stürzte der Zimmergeselle Wulff von dem Bau des Maurermeisters Hilles in der Vorstadt in baldhausen beim Aufziehen von Brettern das Gerüst, wodurch er sich eine Verletzung und eine Häufschüttung im Gefieb zog. Der Verunglückte war beim Abbruch beschäftigt.

Suitzgarten. Am Freitag, 21. April, stürzte an einem Hause der Fassadenbegleiter ein mit Backsteinen und Eisenen Trägern zur höheren Gefieb aufzunehmen. Die auf dem Gefieb befindlichen sieben Personen stürzten gleichzeitig vom Hause hoch und wurden durch nachdrückende Walker und Backsteine verletzt. Der Maurer, welcher im mehreren Jahren seine Verletzungen, welche er mit eingefüllten Säcken des Reiches erlitten, nicht ausheilen konnte, ist nach Hause gegangen.

Wien. Am Montag, 24. April, stürzte auf einem Neubau in der Schönbrunnerstraße das Gerüst ein, wodurch sieben Personen schwer verletzt wurden.

### Lohnbewegungen und Streiks.

#### Maurer.

Die Kollegen in Schwerin i. M. hatten den vorigen Unternehmern die Forderung unterbreitet: 45 % Mindestlohn (Erhöhung um 5–8 % pro Stunde), anderweitige Regelung der Arbeitszeit und Einführung einer Frühstückspause in den Wintermonaten (bei siebenstündiger Arbeitszeit). Die Firma „Hausfütte“ hat die Frühstückspause bewilligt, die anderen Forderungen abgelehnt, sie hält es sogar an der Zeit, an einer Erhöhung des Lohnes zu verzichten. Unsere Kollegen wollen vorläufig auf die weitere Verfolgung ihrer Forderungen verzichten.

Zaudia haben die Kollegen beschlossen, vorläufig das Angebot der Unternehmern, zehnstündige Arbeitszeit und 40 % Stundenlohn, anzunehmen. Zwei Unternehmer, die leider nicht viel Arbeit haben, zahlen 45 %.

In Guben sind die Kollegen am 1. Mai in den Streik eingetreten, ausständig sind 20. Ein Unternehmer, die 20 Gefieb, beschäftigt, hat die Forderung bewilligt.

In Zwickau (Borromäum) wurde im vorigen Jahre zwischen den Mauern und Unternehmern die zehnstündige Arbeitszeit und 40 % Stundenlohn vereinbart. Die Vereinbarung war dem Pauschalmeister von lange im Auge (in Pauschalmeister) und er hat denn auch so lange gehabt, bis drei Zwickauer Unternehmer, Spohnheim, Schröder und Benz, von der vorjährigen Vereinbarung zurückgetreten sind. Diese drei Unternehmer wollen noch den Pauschalmeister Tarif annehmen. Dieser Tarif der Unternehmer hat die Konditionen ganz aufgehebt.

Aus dem Württembergischen Kreisgebiet sind die lebigen Kollegen alle abgereist. Auch 6 Italiener haben die Insel wieder verlassen. Zu untersuchen waren in der vergangenen Woche 24 Kollegen. Wenn Zugang fern bleibt, werden die Unternehmer bald bewilligen müssen.

In Blankenburg hat ein Unternehmer die Forderungen bestimmt, sonst dauert der Streit unverändert fort. Die Mehrzahl der Streitenden arbeitet außerhalb. Am Freitag, den 28. April hatten die Unternehmer die Freude, einen größeren Transport Italiener in Blankenburg zu begrüßen. In zwei Eisenbahnwagen kamen 58 Männer an, die von Agenten in Halle angeworben waren. Die Freude der Unternehmer war aber nur von kurzer Dauer, denn die Italiener nahmen die Arbeit nicht auf. Über die Ankunft und den Transport der Italiener wird uns aus Blankenburg geschrieben:

In Blankenburg angekommen, ging's unter polizeilicher Bedeutung nach der Zentralherberge. Unsere Kollegen waren davon berührt, und fanden sich dieselben ebenfalls auf der Herberge ein, um sich ihre Dreiecksfellowen nicht nur in der Nähe zu beschaffen, sondern auch, wenn irgend möglich, mit denselben zu sprechen. Dies letztere gelang zum großen Vergnügen der Unternehmer und der anwesenden Polizeiorgane. Die Polizei machte sogar den Vertrag, unsere Kollegen von der Herberge wegzubringen, womit sie natürlich kein Glück hatte. Ein Gendarm legte zu allem Ueberfluss seinen Revolver auf den Tisch und sagte: „Hier sind acht Schuh darin, das mag sich jeder merken.“ Natürlich war Lachen die Antwort. Sogar der Bürgermeister, mit einer weißen Bluse um den Arm, erschien in der Herberge und gab fund und zu wollen, daß er, als Exter der Polizei, mit dem Bataillons-Kommandeur habe Mittsprache genommen. Derselbe habe dem Bataillon Infanterie, welches in Blankenburg in Garnison liegt, zur Verfügung gestellt, wenn nötig alles ruhig und friedlich verhalte. (Hui Hui) Die Unternehmer waren die Arbeiterfreundlichkeit selber. Sie sahen zwischen den Italienern auf den Bänken, wo sonst nur Dienstleuten sitzen, die von den Spielern als arbeitscheues Gefüll, Landstreicher und Vagabunden bezeichnet werden. Den Unternehmern war es auch nicht zu viel, daß den Importirten Schnaps aus einem Glas ausreichen. Als es unseren Kollegen gelang, sich mit den Italienern zu verständigen, ihnen auch auszutauschen zu sehen, daß sie, die Blankenburger Maurer, streiten, weil die Unternehmer den Lohn nicht von 80 auf 85 & pro Stunde erhöhen und auch nicht wöchentlich Lohnzahlung bemüht wollten, da erklärten die Italiener, daß man ihnen das nicht gesagt habe. Man habe vielmehr gesagt, es sei bei Arbeit in Blankenburg und es fehle an Maurern. Sie, die Italiener, arbeitten überhaupt nicht unter 48 & pro Stunde, dies sei ihnen versprochen. Die Arbeit des Italiener ging denn auch vor sich. Die Begeitung nach dem Bahnhofe hatte sich, daß Blankenburger Büchsen zum zehnfachen eingefangen. Auf dem Bahnhofsvorplatz machte sich wieder ganz unzähligerweise die Polizei zu schaffen, bis sie von dem dazu berechneten Eisenbahndienstlern darauf aufmerksam gemacht wurde, daß ihre Anweisungen nicht erwünscht sei.

Im Helmstedt hat sich die Situation zu Gunsten der Streitenden inzwischen geändert, als eine Baufirma die Forderungen der Gesellen bestätigt hat. Zu den neuen Bedingungen ordneten jetzt 22 Kollegen, 25 zu den alten, 19 lebige und 101 verheirathete Kollegen mit 180 Kindern befinden sich noch im Streit. Zugang war nicht zu verzeichnen.

Nach Gotha (Anhalt) kam in der verschlossenen Woche viel Zugang. 70 Italiener waren sofort zur Wiederaufnahme an bewegen. In Welsensfeld sind die Kollegen am 28. April in den Ausstand eingetreten. Im Streit befinden sich 172 Kollegen, während 28, Partiere, Postenjungen und Kollegen, bei der Arbeit verbleiben. Die Unternehmer haben sich zu einem Verbund zusammen gehan, wie ein Schreiben an die Lohnkommission beweist. Dasselbe lautet:

*Welsensfeld, den 28. April 1899.*

An die Lohnkommission der Maurer, hier.

Da die Maurer den Streit aufgenommen haben, so heissen wir Ihnen hierdurch mit, daß nur die Gesellen, welche innerhalb drei Tage die Arbeit wieder aufgenommen haben, und zwar unter den im vorigen Jahre vereinbarten Bedingungen, Zugang auf ferne Verstärkung hier haben.

Ausgeschlossen sind diejenigen Gesellen, welche als Wähler und Agitatoren den Streit in unverantwortlicher Weise der Arbeit geführt haben. Dieselben sollen überhaupt von der Arbeit fernhalten hier ausgeschlossen bleiben.

Der Verband der Arbeitgeber hat beschlossen, fremde Arbeitskräfte heranzuziehen, sofern die Arbeit nächsten Montag in nicht genügender Anzahl wieder aufgenommen wird.

Der Verband der Arbeitgeber der Maurer:

(Gelingen 11 Unterchristen.)

Ein Unternehmer von diesen 11 hat überhaupt keinen Mann in Beschäftigung.

Weiter bereits an vielen Stellenorten, so betreibt auch in Weinsberg „Schmid“ sein Unternehmen in den dortigen Zeitungen. Er schreibt: „Das Wort ist in der Verfilmung führt wieder, wie gewöhnlich, die Heber und Schreiber der Sozialdemokratie, Leute, die mit dem Streit gernicht zu tun haben. Im vorigen Frühjahr gaben die Arbeitgeber den Forderungen der Arbeitnehmer nach, weil sie dieselben als berechtigt ansahen. Diesmal aber erfordert die Bewegung, wie auch die geistige Verfilmung beweist, lediglich als sozialistische Macht, und die Unternehmer wollen es auf eine Strafprobe ankommen lassen. Die Ausrichter der Arbeit sind nicht besonders glänzend, da im Bauwesen gegenwärtig wenig zu thun ist, und da sächsische und italienische Arbeitskräfte in großer Zahl angeboten sind.“

Maurer und Thee treten.

Die Kollegen in Altena legten am 27. April die Arbeit nieder. Viernam waren die Unternehmer brieslich eingedrungen worden, sich über die Forderung der Gesellen zu äußern, aber keine Antwort erfolgte; auch auf mündlichem Wege ließ sich keine Verständigung erzielen. Daraufhin erfolgte die Arbeitsentziehung. Gefordert werden zehnländige Arbeitszeit und 55 & Stundenlohn.

In Saalfeld haben die Kollegen ihr Arbeitsverhältnis bestimmt, da die Unternehmer nicht das geringste Biegeläbnis machen.

In Schöningen, Etschim und Friedrichroda sind in der letzten Streitwoche neuunterschwerliche Veränderungen nicht eingetreten.

Die Kollegen in Stendal haben ihr Arbeitsverhältnis am 29. April aufgestellt. Die Forderung der Gesellen ist den Unternehmern seit Langem bekannt. Unterhandlungen führten aber zu keinem Resultat. Am 28. April fand eine Versammlung statt, in der von 155 anwesenden Kollegen 141 für die Forderung stimmten. Gelingt haben am Sonnabend 165 Kollegen, die also in 14 Tagen in den Streit treten werden, wenn die Unternehmer nicht vorher bewilligen.

Die Unternehmer in Torgelow suchen sich dadurch Erfas für ihre freiliegenden Gesellen zu schaffen, daß sie sich von ihren Kollegen in Posenwald die Lehrlinge ausborgen. So hat der Unternehmer A. & B. sowohl sich als dieser jugendlichen Baukünstler kommen lassen und sucht mit diesen sehr dringendsten Arbeiten fertig zu machen. Ob die Posener Unternehmer sich die Gewaltthit von den Eltern ihrer Lehrlinge zu deren Vertheidigung eingesetzt haben? Bedenksame wäre es gut, wenn unsere Kollegen in Posenwald diesmal einmal bei den Eltern Nachfrage halten würden. Es ist doch wohl kaum anzunehmen, daß diese damit einverstanden sind, wenn ihre Söhne bei fremden Unternehmern Streitbrechertheite verüben müßten. Bedenksame haben sie ihre Söhne doch in die Lehre gegeben, damit sie sich nützlich Mäuerer resp. Zimmermeister ausgebildet werden. Dieser Zweck dürfte aber schwerlich dadurch erreicht werden, daß man sie Arbeiten verrichten läßt, ganz wie es ihnen beliebt, ohne Rücksicht und ohne von den Gesellenunterweisungen zu erhalten. Das kann ihnen allein der nötigste praktische Unterricht ertheilen kann, beweist wir. Über das wird vielleicht auch garnicht beansprucht; der Vertrag ist eben in diesem Falle, wie schon in vielen anderen auch, nicht bei jungen Mann aus dem ein thätiger Bauhandwerker herangestellt werden soll, sondern er wird als ein gesäßiges Ausbildungsbüdel angesehen, aus dem der Unternehmer während der drei oder vier Lehrjahre möglichst viel Kapital herauszuholen sich verfügt, das Handwerk heben zu wollen. Ihr werdet es mit solchen Mitteln ganz sicherlich völlig zu Grunde richten.

Am 29. April haben die Kollegen in Egeln die Arbeit eingestellt, sie fordern 35 & Stundenlohn, für Junggesellen 30 & Lohnausschlag plus Pausen, Abholzung der Lehrstunden, Nach- und Sonntagsarbeiten, Abholzung der Allorbarbeit, Arbeitszeitverkürzung an den Sonnabenden.

Aus Meissen wird uns geschrieben: Man sieht wieder so recht bei diesem Kampfe, daß man sich in dem gelobten Land Sachsen befindet. Unternehmerthum, Bürger, Amtspreche, Polizei und Gendarmerie arbeiten in schönster Harmonie daran, die Streitenden einzufangen und wankelmäßig zu machen. Die Meister erfreuen sich einer Rufforderung, in der sie befürchtet haben, wer bis Montag nicht arbeitet, bekommt nie wieder Arbeit bei einem Meister. Die Pastore und Bureauchörer werden unverzöglich, um Streitbrecher anzuwerben. Agenten sind nach allen Richtungen ausgesandt, jedoch mit wenig Erfolg. Es ist ihnen gelungen, im Ganzen über zwei Dutzend Böhmen und Italiener in den zwei Wochen heranzulocken und auch mir unter falschen Vorstellungen. Es wurde den Leuten vorgeschwunden, sie sollten nach Wien, Berlin usw. Von Dresden aus wurden sie von einem Meister und einem Gendarmen nach Meissen transportiert. Von Meissner Bahnhof ging es unter starker Polizeifebedeckung nach der Stadt; dort wurden sie in einem Kraftwagen eingekettet und die Stadt sofort verlassen. Morgens, Mittags und Abends geht's mit Polizei zur Arbeit und zurück. Und trotzdem gelang es, am Mittwoch vier zureisende Böhmen wieder abzuhauen. Noch auf dem Bahnhof kam vor der Abfahrt ein Gendarm herein und fragt: „Na, Sie wollen wohl hier arbeiten?“ Auf die versteinernde Antwort sagte er weiter: „Sie können ruhig hier bleiben, es darf Ihnen Niemand etwas thun.“ Doch der liebe Maier war vergebens, sie führten eben ab. Die Unternehmer selbst liegen sich schon ganz gehörig in den Haaren. Zwei in Triebischhalle dastehende Meister vereinen schon bitter, daß sie sich den Unternehmern verbünden angehören haben. Von dem einen wird sogar gemunkelt, daß er sein Geschäft auf seinen Vater übertragen will, um in dessen Name weiterbauen zu können. Auf die Unternehmer, welche die Forderung bestätigt haben, wurde auf den Streitgeland eingewirkt, Ihnen keine Regel mehr zu setzen, wenn sie die Bevölkerung nicht zurückzogen. Doch auch dies war vergebens. Die Zahl der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen wird aufsehens erregen, es waren auch wiederholt Böhmer beim Comité, um sich Maurer zu holen, sie wurden jedoch abgewiesen, mit dem Hinweis, auf die Meister einzutreten, daß sie bewilligen, dann würden sie schon Maurer bekommen. Der Unternehmer Herzog schickte einen italienischen Arbeiter nach Dresden, um Streitbrecher anzuwerben. Es wurde ihm aber berichtet, daß die Maurer da bis 45 & Lohn hätten, unter diesem Preis befände er auch keine neue Meisen. Weiter sollte dieser italienische Arbeiter auch zum Konsul gehen, um diesen zu veranlassen, italienische Maurer nach Meissen zu senden. Es kamen am Donnerstag auch 16 Italiener in Dresden an und bekannten Fahrkarten nach Meissen. Es gelang aber, sie zu unterrichten, die Billets wurden ungetaut und dann ging's in einer anderen Richtung weiter. Wir möchten uns bei dieser Gelegenheit doch die Frage erlauben, ob das italienisch Konstanz dazu da ist, dem Unternehmerthum Streitbrecher heranzutreiben? Wir waren bisher der Ansicht, es hätte einen anderen Zweck. Alle diese Mittel werden jedoch vergeblich sein, die Maurer in Dresden werden ihren Kampf siegreich durchführen, eine bessere Gelegenheit dürfte sich auch so leicht nicht wieder finden. An allen Ecken und Enden wird gebaut, die Böhmer drängen, sie verlangen Maurer. Deshalb nicht zaghaft um sich blenden, mutig vorwärts zum Sieg!

Der Kampf der Kollegen in Burzen ist ein recht schwerer; in der letzten Woche kamen nicht weniger als 155 fremde Maurer, meist Italiener und Böhmen, dort zugereist, wozu allerdings mit acht Böhmen die Arbeit aufnahmen. Von den am Orte vorher beschäftigten Gesellen sind 43 in der letzten Woche abgereist und 79 verheirathete Kollegen mit 179 Kindern, sowie zwei lebige befinden sich noch im Streit und sind zu untersuchen.

In Harburg haben die Bauhofsarbeiter die Arbeit eingestellt. Sie fordern eine Lohnabholzung von 40 auf 50 & pro Stunde. Unser Kollegen haben nun gleichfalls Forderungen gestellt, und zwar 60 & Stundenlohn und 9-stündige Arbeitszeit.

Darauf hat die Innung „Bauhütte“ geantwortet, die Innungsmeister würden unter Bedenklung der zehnstündigen Arbeitszeit vom 1. August an 60 & Stundenlohn zahlen, unter der Bedingung, daß die Arbeit bis zum 4. Mai wieder aufgenommen werde. Unsere Kollegen haben weitere Verbündungen beantragt.

Die Kollegen in Wilhelmshaven sind in eine Bewegung eingetreten zwangsweise Erreichung der achtstündigen Lohnabholzung.

15 Unternehmer aus Bant hatten die Forderung schon vorher

bewilligt. Die Unternehmer von Wilhelmshaven, welche schon seit längerer Zeit vereint haben, landen der Bauhofscommission ein Schreiben mit ihren Unterschriften, wonit sie die Forderung ablehnen mit der Begründung, daß ihre Bücher für 14-tägige Lohnabholzung eingerichtet seien und daß ihnen das auch zu viel Mühsal mache; Borchus solle jedoch nach Verdienst ausbezahlt werden. Zwei dieser Unternehmer haben jedoch die Forderung der Gesellen ebenfalls bewilligt, so daß die Einigung schon durchbrochen ist. Das ist wegen einer so wichtigen aber durchaus gerechten Forderung noch des Kampfes bedarf, um sie durchzulegen, beweist mehr als lange Ausführungen, welcher Geist in Unternehmern regegegen den Gesellen vorhanden ist. Borchus wird auch in nicht allzu ferne Zeit die Erkenntnis kommen — mit oder ohne ihren Willen —, daß wir nicht mehr im Mittelalter leben und daß sich die gerechten Forderungen der Gesellen nicht mit faulen Ausreden aus der Welt schaffen lassen.

In Bremerhaven (Geestemünde-Behe) arbeiteten in der verschlossenen Woche 61 Kollegen bei 10 Unternehmern zu den neuen Bedingungen, die Zahl der „Arbeitswilligen“ ist bis auf 61 zurückgegangen; 144 Streitende waren, soweit sie sich gezeigt haben, bis zum 28. April abgereist.

Die „Bauhütte“ hat inzwischen die schon gewohnte schwarze Liste unter Bewilligung nachfolgenden Schreibens:

Bauhütten Bremenhaven, Geestemünde und Behe, an der Unterwerfer. Am 22. April 1899.

Die verehrlichen Vorstände der Innungen

des Verbands Deutscher Baugewerksmeister.

Hierdurch stellen wir Ihnen ergeben mit, daß am heutigen Tage hier ein Maierkreis ausgebrochen ist und die Arbeit bei sämtlichen Innungsmeistern niedergelegt wurde.

Wir eruchen Sie daher, Ihren Innungsmitgliedern unverzüglich hieron Kenntnis geben zu wollen und dieselben zu veranlassen, die von den drei Orten Bremenhaven, Geestemünde und Behe kommenden Maurer nicht einzustellen und eben die bereits angestellten zu entlassen.

Mit tolligstem Ernst

Vorstand des Innungsverbandes „Bauhütte a. d. Unterwerfer“.

Der Obermeister: W. Rogge.

Namenlisten folgen.

In der Liste sind 887 Maurer und deren Geburtsort verzeichnet.

Neben der Innung „Bauhütte“ hat sich nun auch noch ein „Arbeitsverband für das Baugewerbe an der Unterwerfer“ gebildet. Er will „gehobliche Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herstellen“. In dem neuen Verein wurde auch schon beschlossen, den Streitenden insoweit einzugehen zu kommen, daß die gebotenen 47 & vom 1. Mai ab gezahlt werden sollen. Da jedoch die Unternehmer nicht über die achtstündige Lohnabholzung verlaufen ließen, ebenso wenig über die Gestaltung des Vorsatzes für das nächste Jahr, so nahmen die Streitenden keine Veranlassung, sich ernsthaft mit dem Angebot zu beschäftigen.

In Augsburg haben Unterhandlungen zwischen unseren Kollegen und den Unternehmern stattgefunden. 28 Unternehmer haben sich verpflichtet; vom 1. Mai ab den Stundenlohn für jeden Maurer um 3 & zu erhöhen, jedoch soll der Maximallohn 1. I. 1899 48 & nicht überschreiten. Am 1. Mai soll der Sonnabend voll um 8 Uhr Feierabend sein. Eine von etwa 700 Kollegen besuchte Versammlung erklärte sich mit dem Angebot der Unternehmer bis auf den Maximallohn einverstanden. Diese Klausur wurde einstimmig abgelehnt. Für sehr viele Maurer würde der Vorsatz schäfisch empfunden. Wenn die Unternehmer diese Forderung nicht fallen lassen, ist es nicht ausgeschlossen, daß es zum Streit kommt.

\* \* \*

Aus Böhmen. Der Streit in Budweis ist beendet. Die Unternehmer haben verschiedene Biegeläbnisse gemacht, auch sollen sämtliche Arbeiter wieder eingestellt werden.

Stiftskateure.

Der Streit in Frankfurt a. M. ist am 26. April beendet worden. Die Bedingungen sind: 1. Arbeitszeit von Morgen 7 Uhr bis Abends 6 Uhr, Samstags bis 4 Uhr. 2. Lohn: Mininalohn 55 &, Maximallohn 65 &; für längere, weniger tüchtige Kräfte unter 20 Jahren Aufgangslohn 40 & pro Stunde. 3. Überstunden werden mit 100 &. Nach- und Sonntagsarbeit mit 100 &. Aufschlag besteht. Auswärtige Arbeiten werden mit einer Zulage von 1.150 pro Tag und Mann vergütet. 4. Aufforbarbeit. Es vertragen beide Theile, daß gänzliche Beleidigung derer der Streitenden keiner Anklage ist.

Der Streit der Stiftskateure in Stettin ist nach achtjähriger Dauer beendet. In einer Besprechung zwischen den Streitenden und den Unternehmern wurde eine Einigung erzielt, so daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Die Stiftskateure in Berlin und Umgegend haben in einer Versammlung, die am Montag, 24. April, in den „Arbeitsmarkt“ lagte und sehr stark besucht war, die Bauhofscommission beauftragt, mit den Unternehmern zwecks Einführung der Lohnarbeit, statt der bisherigen Aufforbarbeit, in Verhandlung zu treten, die derartig bekleidet werden sollen, daß am 1. Mai das Rejulat verhindert werden kann.

Die Cipper von Hamburg und Altona traten am Montag, 24. April in einen Streit ein, für folgende Forderungen sind: 1. Arbeitszeit von Morgen 7 Uhr bis Abends 6 Uhr, Samstags bis 4 Uhr. 2. Lohn: Mininalohn 55 &, Maximallohn 65 &; für längere, weniger tüchtige Kräfte unter 20 Jahren Aufgangslohn 40 & pro Stunde. 3. Überstunden werden mit 100 &. Nach- und Sonntagsarbeit mit 100 &. Aufschlag besteht. Auswärtige Arbeiten werden mit einer Zulage von 1.150 pro Tag und Mann vergütet. 4. Aufforbarbeit. Es vertragen beide Theile, daß gänzliche Beleidigung derer der Streitenden kein Anklage ist.

Die weiteren Forderungen beziehen sich auf die Regelung der Aufforbarbeit. Als allgemeine Bestimmungen verlangten die Streitenden folgendes:

Der Arbeitgeber hat auf seine Kosten eine dicke Bude herstellen zu lassen, welche die nötige Sitzelegenz, sowie einen



somit konnte es vorkommen, daß wir ihnen die Solidarität verlieren. Nachdem nun mehr noch von Seite, Bauarbeiter, auf den günstigeren Stand des Streiks hingewiesen worden war, wurde beschlossen, daß die Maurer sie mit den Bauarbeitern solidarisch erklären und die Arbeit dort niederzulegen haben, was ihnen das Material von Stoffbrechern über von sogenannten Arbeitswilligen, von Leiblingen zugetragen und wo ihnen zugemutet wird, daß sie es nur selbst herbeiführen sollen. Kollege Preißler bemerkte noch, daß die Polizei fest von Bau zu Bau gehe und Urkunde halte, ob gestreikt wird und wie viele streiken. Auch bei ihm auf dem Bau seien sie gewesen. Er ist der Meinung, daß der Polizei dieses nicht zusteht, denn nach dem Gesetz habe der Arbeiter ein Recht, mittelst Streiks besser Lohn und bessere Arbeitsbedingungen zu erlangen. Sothe bemerkte noch hierzu: Die Leistung will die wohlhabende Bevölkerung in dem Kampfe belassen, damit wie eher zu unserem Sieg gelangen. Im Punkt "Vertriebenes" wurde noch beschlossen, daß die Lohnkommission der Maurer mit der Streikleitung der Bauarbeiter gemeinsam verhandeln soll. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem dreisachen Hoch auf die deutsche Maurerbewegung.

In Ludwigshafen fand am 19. April eine gut besuchte öffentliche Maurerberatung statt. Im ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Böhl einen Vortrag über: "Die wirtschaftliche Lage der Maurer und die Mittel zu ihrer Verbesserung". Der gut durchdachte Vortrag wurde mit lebhaften Beifall aufgenommen. Im zweiten Punkt wurden die Forderungen definitiv gegeben, wie sie die Lohnkommission aufgestellt hat. Dieselben lauten: 1. Befreiung der Altkarlsarbeit. 2. Der Minimallohn für Gejelle unter 19 Jahren beträgt pro Stunde 45,- für Gejelle über 19 Jahre nicht unter 50,-. 3. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, und zwar von Morgens 6 Uhr bis Abends 6 Uhr. Rücksicht fällt beiderseits weg. Samstags muß um 5 Uhr entschlafen und Feierabend sein, ohne Lohnabzug. 4. Die Bauarbeiter sind lustig mit verschleißbaren Zähnen und Fingern einzurichten, mit Zäpfen, Bönen und Breitbuben zu versetzen, desgleichen im Winter mit Heizporträts. Die Größe der Bude ist, sofern der Raum vorhanden, der Zahl der Arbeiter anzupassen; auch ist ein vorchristlich-mäßiger Abzug anzubringen. 5. Abschließung eines Vertrages über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitgebern und der Organisation, der Gejelle auf ein Jahr und alljährliche Erneuerung des Vertrages. Mit 821 gegen 15 Stimmen wurden die Forderungen gutgeheissen und beschlossen, dieselben den Unternehmern zugehen zu lassen. Die hier beschäftigten Maurer, organisierte und unorganisierte, haben durch diesen Beschluss bewiesen, daß sie sich ihrer Lage bewußt und nicht länger gewis sind, die Sklaven des Unternehmers zu sein. Mit einem donnernden Hoch auf die Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

Am Sonnabend, den 15. April, sollte in Mietzane im "Flüglinger Hof" eine öffentliche Maurerberatung stattfinden, jedoch war der Besuch ein derart geringer, daß die Versammlung am Mittwoch, den 19. April, verlegt werden mußte. Auf der Tagesordnung stand: "Bericht vom Bauarbeiterkongresslongtrek sowie vom fünften Verbandskongreß der Maurer". Kollege Ernst Seidel berichtete in sachlicher, klarer Weise über den Verlauf der beiden Arbeitertagungen und erläuterte den zahlreich erschienenen Kollegen die gefassten Beschlüsse und Resolutionen. In der darauf folgenden Diskussion wurde beschlossen, in nächster Zeit eine Bauarbeiterberatung zu veranstalten, in der die Wahl eines Ratkomitees vorgenommen wird, welches sich dann mit den Maßnahmen im Baugewerbe beschäftigen soll und der Kommission für den Bauarbeiterkongreß zu jeder Zeit genügend Material übergeben zu können. Bei Punkt 4 der Tagesordnung wurde das Verhältnis eines hiesigen Unternehmers in schwerer Weise gerügt, indem derselbe unserer Vertreterin, sowie noch einen Kollegen gemahnt hat. Von Seiten der Versammlung wurde das Vorgehen des Unternehmers sofort verurteilt, es konnte sich jedoch nicht genauso ausgesprochen werden, weil der überwiegende Beamte mit Aufführung der Versammlung drohte. Nachdem noch Kollege Seidel den Bericht in kurzen Worten den Werth der Organisation an's Herz gelegt hatte, dabei betonten, daß, wenn jeder Kollege organisiert wäre, es das Unternehmertum nicht wagen würde, Semanaden wegen Ungehörigkeit zum Verband zu mafregeln, schloß der Vorsitzende Kollege Franz Hartel die von 120 Personen besuchte Versammlung.

In Mügeln bei Oschatz fand am 21. April eine öffentliche Maurer- und Blümmerberatung statt. Kollege Koch aus Groß-Dörschede hielt einen sehrreichen Vortrag über: "Der Einfluß der Organisation auf die Lebenshaltung der Arbeiter". Redner entfaltete sich seiner Aufgabe zur Freudenheit der Versammlung, was der reiche Besuch am Schlusse seines Redefests bewies. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung brachte Redner vor, daß die Lohnforderung von 28-30,- von den Unternehmern zugebilligt wurde. Gegen die zehnständige Arbeitszeit erklärte sich nur der Unternehmer Fischer. Er ließ auch sofort auf jedem Bau befürworten, wer zehn Stunden arbeitet, bekommt Feierabend. Leider ließen sich die Kollegen dies auf einen Einzelnen, der natürlich Feierabend bekam, einflüscheren und arbeiteten ruhig elf Stunden weiter. Nachdem nun noch eine Resolution in Bezug auf die Blümmer angenommen worden war, erfolgte mit einem dreimaligen Hoch auf die Organisation Schluß der Versammlung.

In München fand am 16. April im Restaurant "Dall'Arti" eine Mitgliederberatung statt. Eingangs der Versammlung gab der Vorsitzende das Ablieben des Kollegen Hartel bericht. Die Einnahme für die Hauptstelle betrug sich auf M. 805,20, die Aufgabe betrug M. 229,10, für den Streifonds wurden eingenommen M. 184,84, ausgegeben M. 84,66. Die Lokalstelle vereinamte M. 672,24 und verausgabte M. 287,97. Die Mitgliedergabe betrug 850. Hierauf erstattete Kollege Göderinger Bericht über den fünften Verbandskongreß. Kollege Böhl wies betreffs der Abgaben für die Agitationsskommission darauf hin, daß es Pflicht des Vorsitzenden der Kommission sei, auch nur wirklich wichtige Redner herauszuscheiden, um einen dauernden Erfolg zu erzielen. Kollege Hartel stellte noch einige Bemerkungen bei über die Bedeutung der Gewerkschaftsstelle. Zum Schlus empfahl Kollege Watzlowik eine reg. Agitation für die nächste öffentliche Versammlung, stattfinden zu lassen.

Am Dienstag, den 25. April, hielt die Bahnhofstelle Münster i. W. ihre regelmäßige Mitgliederberatung ab. Der Kassier gab die Abrechnung vom ersten Quartal bekannt, welche für richtig erklärt wurde. Zum Schlus wurde der Beitrag angenommen, den 1. Mai durch Arbeitsschule zu feiern

und einen gemeinschaftlichen Ausflug zu veranstalten, sodann wurden die Kollegen nach aufgefordert, den Antrag hoch zu halten und in Zukunft besser für den Verband zu agieren.

Am Sonntag, den 16. April, fand in Niemey eine gut besuchte Bauarbeiterberatung statt, mit der Tagesordnung: Gründung einer Bahnhofstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands". Trotzdem die Unternehmer am Sonnabend vorher bei der Leihzahlung ihrer Gesellen angehinkt hatten, zu der Versammlung geht, erhalten am Montag Feierabend, ließen sich die Kollegen doch nicht abschrecken, zu der Versammlung zu kommen. Von einigen Kollegen aus Böldam wurden ihnen ihre traurige Lage klar vor Augen gestellt. Man kann sich denken, daß dieselbe keine rosige ist, wenn man erfährt, daß bei elfstündiger Arbeitszeit einen Lohn von M. 2,20-2,40 pro Tag erhalten und doch noch ein bis zwei Stunden Morgens und Abends über Land laufen müssen, ohne Vergütung dafür zu erhalten. Die Kollegen hatten auch Verdienst darin und beschlossen, eine Bahnhofstelle der Maurer und einer der Zimmermeister zu gründen, um endlich ihre traurige Lage zu verbessern. Es wurde dann noch den Kollegen an's Herz gelegt, nicht gleich unfehlbar zu werden, wenn es nicht gleich nach ihrem Wunsche gehe, denn zum Kampfe gehörte eine gute probre Organisations, auch müsse man nicht denken, wenn man heute eine Bahnhofstelle des Verbands gebildet habe, könne man schon morgen in eine Lohnbewegung eintreten. Hierauf ließen sich 24 Kollegen als Mitglieder des Verbands anstreben. Der Vertreter des Blümmer nahm ebenfalls 11 Mitglieder auf. Mit einem kräftigen Hoch auf die moderne Arbeitersbewegung und dem Wunsch auf ein gutes Gedanken der Bahnhofstelle wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

In einer am 20. April in Nürnberg stattgefundenen allgemeinen Maurer- und Steinbauerberatung referierte Kollege Dieblich in Berlin. Obgleich auswärtige Redner naturgemäß nur das Allgemeine einer Frage behandeln können, da sie mit den eigenständlichen Arbeiterversammlungen an Ort nicht so vertraut sind, so muß der Redner doch nachgerühmt werden, in höchst sachlicher, überzeugender Weise die Berechtigung der von den Arbeitern an die Unternehmer gestellten Forderungen nachwies. Stimmlicher Besluß wurde ihm zu Theil, als er am Schlus diese alle Kollegen aufrief, mit ganzer Kraft für eine Verbesserung ihrer Lebenslage einzutreten, einzig zu sein bis zum letzten Mann, damit endlich auch dem Manne der Arbeit sein lang vorhergehend Recht werde. Zum Punkt 2 der Tagesordnung hielt Kollege Knoblauch nicht, daß die Unternehmer die so wünschlichen und gerechtfestigen Forderungen der Arbeiters brüste, abgelehnt hätten. Selbst eine Prüfung der Wünsche hätten die Herren nicht für nötig erachtet. Die von der letzten Versammlung im Saal Meck gewählte Lohnkommission anuerkennen, weigerten sich die Herren. Nachdem noch einige Redner zur Sache gesprochen, wurde einstimmig beschlossen, keinen Punkt der Forderungen fallen zu lassen, sondern mit aller Kraft auch die noch unorganisierten Kollegen dem Verbandezug zu führen, um stark genug zu sein, um geeigneter Zeit die so notwendigen Verbesserungen erwirken zu können. Die Lohnkommission wurde beauftragt, alle geeigneten Schritte zu thun. Mit einem Hoch auf die Organisation schloß die Versammlung.

Zur Mitgliederberatung der Bahnhofstelle Oberhausen (Rheinland) am 23. April wurde ein Vorbericht zur Sprache gebracht, welches so recht deutlich zeigt, was die Gejelle von den Unternehmern zu erwarten haben, wenn sie nicht organisiert sind. Auf einige Annoncen des Maurermasters Pachmann reagierten die Kollegen Dittmann und Marx, nach hier und jetzt denkt der Maurermaster Pachmann in Oberhausen auch bei Pachmann in Netteln. Bei der Abschlagszählung erkannte sie sich M. 12, erhielten aber nur M. 10. Bei nochmaliger Bitte um M. 12 gab ihnen der auszahlende Bauführer die Antwort, sie hätten sich Abends im Bureau zu Pariser abverlangt. Hierauf wurde ihnen eine Befreiung vom Pariser abverlangt. Hierauf meinte Kollege Dittmann, wenn er so um seinen Lohn betriebe müsse, so reiche er hiermit seine Befreiung ein. Dasselbe tat Kollege Paris. Nun sah F. Pachmann den Pariser beim Fragen und S. Pachmann ergreift eine Stechzürze und schlug auf die Beine ein, was zur Folge hatte, daß Dittmann auf M. 14 Tage in's Krankenhaus mußte und Paris auch 8 Tage arbeitsunfähig war. Dies alles geschah ohne vorherige Aufklärung, das Latal zu verlassen. Sowohl die Auslage der beiden Kollegen auf ihre Anklage gegen Pachmann wegen Körperverletzung erhielten sie von der Staatsanwaltschaft in Duisburg den Bescheid, daß dieselbe abgelehnt sei, weil nach eingezogenen Erkundigungen der Pachmann in Netteln gehandelt hätte. Es wurde beschlossen, die Sache dem Hauptvorstande zu übergeben und ihn zu weiteren Schritten zu veranlassen. Zu dem "Grundstein" wird jetzt Sonntags Vormittags von 11-12 Uhr im Verbandsstalle ausgezahlt.

Am Sonntag, den 16. April, tagte im Gaffhofe "Zur Sonne" in Pöhl eine gut besuchte öffentliche Maurerberatung. Es wurde das Vorgehen der Kollegen, welche bei dem Baumunternehmer Pape in Arbeit gestanden, halten, von dem Kollegen Dr. Watzlowik Stettin auf's Schärfste angegriffen. Redner legte die Fehler der Kollegen klar und es wurden durch eine Resolution, welche einstimmig angenommen wurde, die Bauherren über die Unternehmer Pape und Giese für aufgegeben erklärt. Die Lohnkommission der Maurer zu Pöhl und Umgegend wurde beauftragt, in allerdringtester Zeit einen Lohnkampf auszuarbeiten und diesen dem Unternehmertum zur Kenntnisnahme zu unterbreiten. Dieser Aufruf in der öffentlichen Maurerberatung am Sonntag, den 23. April, einstimmig angenommen.

In Remscheid fand am 18. April eine öffentliche Maurerberatung statt, in welcher Kollege Böhl aus Elberfeld einen das größte Interesse erweckenden Vortrag hielt über "Arbeiterrecht, mit besonderer Berücksichtigung auf das Bauarbeiterrecht". Der Vortrag hatte die Wirkung, daß sich 19 Kollegen in den Verband aufzunehmen ließen. Eine lebhafte Debatte entstand sich im Punkt "Vertriebenes", als einige Kollegen mitteilten, daß verschiedene Meister Lohnabzüge machen, darunter welche, die 2 und 3,- pro Stunde abzogen. Um den vielen hier arbeitenden Italienern Gelegenheit zu geben, sich unserer Bestrebungen anzuschließen — es sind hier an 200 beschäftigt — wurde beschlossen, in nächster Zeit eine italienische Versammlung stattfinden zu lassen.

Die Bahnhofstelle Schaffhausen hielt am 23. April ihre regelmäßige Mitgliederberatung ab, welche gut besucht war. Zunächst erstattete Kollege Spengler Bericht über die Kreiskonferenz und wieviel ganz besonders darauf hin, daß alle Beschlüsse, welche in der Kreiskonferenz, sowie in der Bahnhofstelle getagt werden, ganz stellte durchgesetzt werden müssen, wenn

die hiesige Bahnhofstelle sich den anderen Bahnhöfen gegenüber gleichstellen will. Dann schüberte herself die Lage bei Schön lange erkrankten Kollegen Kautz und Krämer, welcher selber Kollege, der hiesigen Bahnhofstelle war, und forderte die Kollegen auf, für dessen Familie eine Gabe zu spenden, welche Anforderung die Kollegen sofort nachkamen. Die Summe betrug M. 15.

Die Bahnhofstelle Schaffhausen i. W. hielt am 18. April eine Mitgliederberatung ab. Beziiglich der Maßnahmen wurde beschlossen, jeden Kollegen zu verpflichten, an diesem Tage die Arbeit ruhen zu lassen, sofern er nicht eine Aussperrung auf längere Zeit zu befürchten habe. Da an diesem Tage arbeitenden Kollegen sollen einen Theil ihres Lohnes abführen. Sodann wurde vom Kollegen Scherlich die vierfachjährige Quartalsabrechnung verlesen. Dieselbe ergab für die Hauptstelle ein Einnahmen und Ausgaben M. 85,90, für den Streifonds M. 9. Die Einnahmen für die Lokalställe beliefen sich auf M. 167,40, die Ausgaben betragen M. 128,40, so daß ein Kostenüberschuss von M. 41,00 verbleibt. Im Punkt "Vertriebenes" wurde vom Kollegen Kleinert in der Versammlung die Frage vorgelegt, ob es nicht zweckmäßig und angebracht sei, bereits der Bauarbeiter Demmler seine Geschäft gegen den Magistrat und Bürgerausschiff geführten Beschluss, wonach eine Kommission gesetzt werden soll, welcher es zusteht, mit dem betreffenden Gelde Arme zu unterstützen, Protest zu erheben. Die Frage wurde bei der Versammlung dahin beantwortet, daß uns ja noch weitere Schritte daran zu thun.

In Spreeberg fand am 28. April eine öffentliche Maurerberatung statt, welche sich wiederum mit der Lohnfrage beschäftigte. Die Diskussion war recht lebhaft, sie ließ erkennen, daß eine große Neigung für die Durchführung der gestellten Forderungen vorhanden war. Es blieb aber auf den mir geringen Verstand der Versammlung wurde beschlossen, die geforderte Förderung zu geeigneter Zeit und getrennt von den Blümern zur Durchführung zu bringen.

In Stargard tagte am Sonntag, 18. April, im Hotel des Herrn Bullerjahn eine gut besuchte außerordentliche Mitgliederberatung, welche sich wiederum mit der Lohnfrage beschäftigte. Die Diskussion war recht lebhaft, sie ließ erkennen, daß eine große Neigung für die Durchführung der gestellten Forderungen vorhanden war. Es blieb aber auf den mir geringen Verstand der Versammlung wurde beschlossen, die geforderte Förderung zu geeigneter Zeit und getrennt von den Blümern zur Durchführung zu bringen. In Stargard tagte am Sonntag, 18. April, im Hotel des Herrn Bullerjahn eine gut besuchte außerordentliche Mitgliederberatung, welche sich wiederum mit der Lohnfrage beschäftigte. Die Diskussion war recht lebhaft, sie ließ erkennen, daß eine große Neigung für die Durchführung der gestellten Forderungen vorhanden war. Es blieb aber auf den mir geringen Verstand der Versammlung wurde beschlossen, die geforderte Förderung zu geeigneter Zeit und getrennt von den Blümern zur Durchführung zu bringen.

In der am 22. April stattgefundenen Mitgliederberatung der Bahnhofstelle Wald ließen sich sechs Kollegen aufnehmen. Sodann wurden die Bratteln der Baugeschäftsführer Gebauer, Wagner und S. W. Höfmann in einer eingehenden Versprechung gewünscht. Es wurde festgestellt, daß an den Bauten dieser Firmen das Gerüstzeug äußerst mangelfhaft ist und ein fester Lohnzettel garnicht existiert. Um die Gejelle in Arbeit zu halten, bewilligte sie zwar den geforderten Lohn, wenn es aber nachher zum Auszahlen kommt, zahlen sie, was ihnen beliebt. Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse gut tun, wenn sie bei diesen Unternehmern nicht in Arbeit treten.

Die Bahnhofstelle Waren hatte in ihrer zweiten Mitgliederberatung am Sonnabend, 20. April, kein erfreulicher Zuwachs von 19 Mitgliedern zu verzeichnen; die Zahl der Mitglieder beträgt jetzt 42. In zweitem Punkt der Tagesordnung, "Waisen", wurde der Wunsch laut, daß die Kollegen möglichen am 1. Mai durch Arbeitsschule feiern. Von Bevollmächtigten wurde einmal im Städte befürchtet, daß die Bauten dieser Firmen das Gerüstzeug äußerst mangelfhaft ist und ein fester Lohnzettel garnicht existiert. Um die Gejelle in Arbeit zu halten, bewilligte sie zwar den geforderten Lohn, wenn es aber nachher zum Auszahlen kommt, zahlen sie, was ihnen beliebt. Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse gut tun, wenn sie bei diesen Unternehmern nicht in Arbeit treten.

Die Bahnhofstelle Waren hatte in ihrer zweiten Mitgliederberatung am Sonnabend, 20. April, kein erfreulicher Zuwachs von 19 Mitgliedern zu verzeichnen; die Zahl der Mitglieder beträgt jetzt 42. In zweitem Punkt der Tagesordnung, "Waisen", wurde der Wunsch laut, daß die Kollegen möglichen am 1. Mai durch Arbeitsschule feiern. Von Bevollmächtigten wurde einmal im Städte befürchtet, daß die Bauten dieser Firmen das Gerüstzeug äußerst mangelfhaft ist und ein fester Lohnzettel garnicht existiert. Um die Gejelle in Arbeit zu halten, bewilligte sie zwar den geforderten Lohn, wenn es aber nachher zum Auszahlen kommt, zahlen sie, was ihnen beliebt. Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse gut tun, wenn sie bei diesen Unternehmern nicht in Arbeit treten.

Die Bahnhofstelle Waren hatte in ihrer zweiten Mitgliederberatung am Sonnabend, 20. April, kein erfreulicher Zuwachs von 19 Mitgliedern zu verzeichnen; die Zahl der Mitglieder beträgt jetzt 42. In zweitem Punkt der Tagesordnung, "Waisen", wurde der Wunsch laut, daß die Kollegen möglichen am 1. Mai durch Arbeitsschule feiern. Von Bevollmächtigten wurde einmal im Städte befürchtet, daß die Bauten dieser Firmen das Gerüstzeug äußerst mangelfhaft ist und ein fester Lohnzettel garnicht existiert. Um die Gejelle in Arbeit zu halten, bewilligte sie zwar den geforderten Lohn, wenn es aber nachher zum Auszahlen kommt, zahlen sie, was ihnen beliebt. Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse gut tun, wenn sie bei diesen Unternehmern nicht in Arbeit treten.

Die Bahnhofstelle Waren hatte in ihrer zweiten Mitgliederberatung am Sonnabend, 20. April, kein erfreulicher Zuwachs von 19 Mitgliedern zu verzeichnen; die Zahl der Mitglieder beträgt jetzt 42. In zweitem Punkt der Tagesordnung, "Waisen", wurde der Wunsch laut, daß die Kollegen möglichen am 1. Mai durch Arbeitsschule feiern. Von Bevollmächtigten wurde einmal im Städte befürchtet, daß die Bauten dieser Firmen das Gerüstzeug äußerst mangelfhaft ist und ein fester Lohnzettel garnicht existiert. Um die Gejelle in Arbeit zu halten, bewilligte sie zwar den geforderten Lohn, wenn es aber nachher zum Auszahlen kommt, zahlen sie, was ihnen beliebt. Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse gut tun, wenn sie bei diesen Unternehmern nicht in Arbeit treten.

Am Sonntag, den 22. April, hielt die Bahnhofstelle Wittenberg ihre Mitgliederberatung ab. Dieselbe war von jetzt 80 Kollegen besucht. Der Vorsitzende verlas den von den Meistern ausgearbeiteten Tarif, welcher jedoch nicht zur vollen Zufriedenheit in allen Punkten von der Versammlung gut geheißen wurde; die Kollegen Sacknick, Kolbe und Otto ermahnten aber einbringlich, den Tarif anzunehmen und endlich mal Boden zu fassen. Ferner wurde beschlossen, am 30. April das Maifest zu feiern, an welchem eine öffentliche Versammlung einberufen werden wird.

Am Sonntag, den 23. April, hielt die Bahnhofstelle Wittenberg ihre Mitgliederberatung ab. Dieselbe war von jetzt 80 Kollegen besucht. Der Vorsitzende verlas den von den Meistern ausgearbeiteten Tarif, welcher jedoch nicht zur vollen Zufriedenheit in allen Punkten von der Versammlung gut geheißen wurde; die Kollegen Sacknick, Kolbe und Otto ermahnten aber einbringlich, den Tarif anzunehmen und endlich mal Boden zu fassen. Ferner wurde beschlossen, am 30. April das Maifest zu feiern, an welchem eine öffentliche Versammlung einberufen werden wird.

Iann. Hierauf schloß der Vorsteher nach zweistündiger Sitzung die Versammlung.

\* \* \*

Der Kollege Preller-Harburg verlangt in recht politerem Tone eine Berichtigung unserer Nichtstellung am 16. des "Grundstein". Eherzu haben wir jedoch gar keine Veranlassung, da unsere Darstellung den Thatsachen entspricht.

### Stukkature.

An die Kollegen in Rheinland und Westfalen!

Am Sonntag, den 28. Mai, Vormittags 11 Uhr, findet in Düsseldorf, im Lokal Urobo, Neopstrasse, die diesjährige Konferenz der Agitationsbezirke Rheinland und Westfalen statt.

Die gesetzliche: 1. Bericht und Abrechnung des Agitationsschusses. 2. Bericht der Delegirten. 3. Anträge und Beschlüsse.

Die Delegirten werden am Bahnhof empfangen. Erkennungszeichen: Blaue Schleife.

Alle Auskunft betreffs der Konferenz giebt Bernhard Henn, Köln, Friesenwall 20, 2. Et.

\* \* \*

Berlin. Die Stukkaturen hielten am Montag in den "Arminialhallen" eine sehr stark besuchte öffentliche Versammlung ab, in der das Resultat der vorgenommenen Urabstimmung über die Stellung der beliegenden Arbeiter zur Lohnfrage. Arbeit verhindert wurde. Wie das nicht mitmachen konnte, haben sie bisher von etwa 900 an der Urabstimmung beteiligt. Dabey haben sich 561 Arbeiter für die Einführung der Lohnarbeit entschieden und 84 für die Beibehaltung der Lohnarbeit erklärt.

In der hierauf folgenden Diskussion wurde fast von allen Rednern, mit dem Hinweis auf die verschiedenen vorhandenen Nebenstände, das Allordnungssystem entschieden befürwortet und für die Einführung der Lohnarbeit plädiert. Nur einige Rednern trugen Bedenken gegen die Befestigung der Allordnung und vertraten die Meinung, daß mit der Einführung des festen Tagelohnes in mancher Beziehung noch eine weitere Verschärfung der Arbeitsverhältnisse Platz greifen würde.

Insbesondere glaubten sie, daß die geringen Freiheiten in Bezug auf die Arbeitszeit noch mehr beschränkt werden würden und die jungen wie die alten, beziehungsweise minderwertigen Arbeiter darum keine Arbeitsgelegenheit mehr erhalten würden.

Nach einer mehrstündigen laufenden Debatte, in der die Mitglieder der Stukkaturen gut gehoben: "Im Amt wird nicht gearbeitet. Minimallohn für Bieker und Angestellte auf den Bauten. M. 7 pro Tag. Minimallohn für Modelle, ausmusterer und Bieker in den Werkstätten. M. 6,50, für Formerei und Gießer. M. 5. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, und zwar von 7 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, mit den üblichen Pausen. Auf den Bauten wird im Winter von 8 Uhr bis 1 Uhr gearbeitet. Überstunden können nicht statt-

finden. Im übrigen Fällen ist bis 9 Uhr Abends ein Lohnauflösung von 20 Pf. und nach 9 Uhr, als Nacharbeitszeit, ein Lohnauflösung von 100 Pf. zu bezahlen. Farbgebühr-Gefügschädigung findet statt, wenn sich die Arbeitsstelle außerhalb der Stadt- und Ringbahn befindet. Für Arbeiten auswärts, wo sich keine Farbzugelage bietet, wird ein Aufzug für Nacharbeitszeit von M. 2 bei gestellt. Die Herbeischaffung des Materials, ebenso des Werkszeuges von der alten nach der neuen Arbeitsstelle, wird auf Kosten des Prinzipals durch die dazu bestimmten Arbeiter bestreikt. Räumungen werden von den Stukkaturen nicht geboten. Zum Ein- und Ausleiden und zur Aufbewahrung der Kleidungsstücke muß ein verhältnismäßiger Raum vorhanden sein. Der Lohn wird des Sonnabends um 5 Uhr ausgezahlt. Am den sonstigen Sonnabenden ist um 5 Uhr, wie an den Sonnabenden vor den hohen Feierlagen, um 8 Uhr Feierabend." Nachdem noch darauf hingewiesen worden war, daß gerade die gegenwärtige Konjunktur eine außerordentlich günstige ist, wurde die Lohnkommission beauftragt, in den nächsten Tagen mit den Unternehmern zwecks Abschaffung der Amtsw. und Einführung der Lohnarbeit in Verhandlung zu treten. Die Verhandlungen sollen vor der Basis der obigen Vorschläge stattfinden und derartig beschleunigt werden, daß zum 1. Mai das Resultat verkündet werden kann. Hierauf wurde zur recht regen Beilegung an der Versammlung, die am 1. Mai bei Busse, Grenadierstraße, abgehalten wird, und zu der die Streikarbeiter mitzutun haben, aufgerufen und sobald die Versammlung mit einem Hoch auf die Bewegung geschlossen.

Erläuter. Am Sonntag, 16. April, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt; leider war sie sehr schlecht besucht. Im ersten Punkte der Lageordnung wurden die Kollegen Emonts und Gerak in die Bauteilontrolle-Kommission gewählt. Im zweiten Punkt, Reiseunterstützung betreffend, wurde beschlossen, den hier zugereisten Kollegen Abenbauer und Nachlogis zu gewähren. Dann bemängelte Kollege Aug. Gerak den Verlust des Verbandsstages, wonach die reisenden Kollegen verpflichtet sind, jede Thäle zu berühren, wenn sie nicht ihres Anspruchs auf Reiseunterstützung verfügen gehen wollen. Für die Villen Barmer-Ehrenfeld sei diese Bestimmung werthlos, da nur 7-8 zur Auszahlung gelangten. Nachdem nun noch die Verkürzung des Fachorgans neu geregelt war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Effen a. d. Bahr. Am 28. April fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Zunächst verlas der Kassier den Kassenbericht. Die Reisenden stellten mit, daß sie die Kasse in Ordnung befunden hätten, doch sei der Stand der selben kein besonders günstiger zu nennen. Dem Kassier wurde Gedanke ertheilt. Zu Bibliothekaren wurden gewählt die Kollegen Hassfeld und Wolf. An alle Kollegen, die noch Bücher der Bibliothek in Händen haben, geht das dringende Schreiben, dieselben zur Versammlung mitzubringen, damit die Bibliothekare eine Übersicht über den Stand der Bibliothek gewinnen. Die Wahl eines Delegirten an der am 28. Mai stattfindenden Konferenz in Düsseldorf soll in einer öffentlichen Versammlung vor genommen werden. Am 9. Mai soll eine öffentliche Versammlung statt finden, weil an diesem Tage hier ein auswärtiger Kollege als Referent erscheinen wird. Die nächste Mitgliederver-

versammlung findet am 6. Mai statt. Ein Kollege trat dem Verbande als Mitglied bei.

Halle a. S. Am 16. April fand eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Stadtverordneter Genoss Kriegler einen beifällig aufgenommenen Vortrag hieß über das Thema: Wie hat die Arbeiterschaft ihre Interessen wahrzunehmen? Weiters wurde beschlossen, den Sozialrat unverändert bis auf Weiteres zu bestätigen. Ferner wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß im nächsten Jahr rechtzeitig in eine Lohnabstimmung eingetreten und die Forderung auf Abschaffung der Allordarbeit vor allen Dingen berücksichtigt werden möge. Petition der Meister wurde beschlossen, der großen Feierabstimmung am Morgen des 1. Mai gefolgt zu bewohnen und zu diesem Zwecke eine Stunde vor Beginn derselben im Verbandslokal zusammenzutreffen.

Am 22. April fand unter ordentlicher Generalversammlung statt. Aus der Kantonalabrechnung ist zu bemerken, daß eine Gesamteinnahme von M. 58,10 erzielt wurde. Wie die Hauptstädte wurden vereinbart M. 40,67; die Ausgabe für dieselbe betrug M. 18,18, bleibt also abzufallen M. 29,54. Das Filialenbetrieb bringt am Schlusse des vierten Quartals 1888 M. 48,88; dazu kommt Einnahme im letzten Quartal M. 17,48. Die Ausgabe im letzten Quartal beträgt M. 67,23, bleibt Verstand M. 9,08. Aus dem Bericht der Agitationsschule ist folgendes zu entnehmen: Ein Unterhaltsmarken wurden im letzten Quartal 144 Stück verkauft = M. 14,40. Dezentrale Versammlungen fanden 2 statt. Die neu eingesetzte Stellenvermittlung wurde von 18 Kollegen benutzt. Am Dritt wurden 5 Stellen besetzt. Durch Abreise wurden 5 Stellen erlebt, unerledigt blieben 5. An Stelle des bisherigen zweiten Schriftführers wurde Kollege Hugo Deller gewählt. Zur Zeit stehen hier in 10 Geschäftsräumen 27 Stukkaturen in Arbeit; in auswärtigen Geschäften arbeiten 6 zu hiesigen Filialen gehörige Mitglieder; arbeitslos sind 8 Stukkaturen. Organist sind 81 von 88 am Dritte anwesenden Kollegen oder 88,10 Pf.

München. Die Stukkaturen hielten am Samstag, den 16. April, eine gut besuchte Versammlung ab. Die wichtigsten Punkte der Lageordnung waren: Rässenbericht der Filiale; Stellungnahme zu den Forderungen an die Meister, Nachdem die Reisenden Almendinger und Kramm erklärt hatten, daß sich die Kasse in bester Ordnung befindet, verlas Kollege Kapitold die Forderungen an die Meister; dieselben bestehen in: 1. Gleichmäßige Regelung der Arbeitszeit, 2. Festsetzung eines Minimallohns, 3. Außerhalb des Burgfeldens mindestens M. 1,50 mehr, 4. Wöchentliche Bezahlung, und zwar vor 6 Uhr, und Arbeitsvermittlung durch den Verband. Es folgte eine reg. Debatte, indem sich einige Kollegen gegen einen Minimallohn von M. 6 sträubten. Dabey wurden den flingeren Kräften das Aufkommen höher gemacht. Bei der Abstimmung wurde der Vorschlag Kapitold's, für einen den durchschnittlichen Anforderungen eines Stukkaturen gewachsenen Mann den Minimallohn auf M. 6, für minder Leistungsfähige auf M. 5 festzusetzen, angenommen. Die Arbeitszeit wurde auf neun Stunden täglich festgesetzt; sie beginnt Morgen 7 Uhr und endet Abends 6 Uhr; an Pausen werden eingehalten: 25 Minuten für Frühstück, 1½ Stunde für Mittag und 20 Minuten für Dörper. Die Lohnkommission wurde beauftragt, Schritte zu thun, um den Arbeitsniedrigsgrad einzugehängt an den Verband zu bringen. In "Beschließens" wurde beschlossen, unter Berücksicht der Arbeitnehmer eine Agitation zu entfalten und zu diesem Zwecke ein Flugblatt auszuarbeiten und womöglich eine öffentliche Verhandlung am 1. Mai zu veranstalten. Einige Kollegen, welche den Arbeitsniedrigsgrad bemühten und wieder in Arbeit stießen, sollen das Aus- und Abschmelzen nicht vergeben, weil dies zur Aufnahme einer genauen Statistik unbedingt nothwendig ist. Der Kollege Samson wurde einstimmig ausgeschlossen. Die Abreise des Verbandsmannes ist: Aug. Hes, Mitterste. 7, Düsseldorf. II. Der Kassier heißt: Rud. Hamm und wohnt Quellenstr. 24, M. 2.

### Der arme Maurer.

Von Dr. med. H. Rubensohn-Barmen.

Ganz wolfsonian lacht der Himmel heiter, Es duscht der Wald und es blüht der Füller, Es durchen die Menschen — so Bürger wie Bauern — Die Arbeiter fleißig am Hause mauer. Sie wischen dabei, denn die Sonne brennt heiß, Mit schwieliger Hand von der Stirne den Schweiss. Die Steine wandern von Hand zu Hand, Das gefügt sie werden aufeinander"; Ein Maurer zupfet das Wasser, daß werde Der breite Mörser aus Kalk und Erde. Mit mutter Reib die Arbeit sie wirzen, Auch schnell sie ein Schlüttchen hinunterzurütteln, Zu wehren des Durstes brennenden Qualen, Zu trocken der Sonne sengenden Strahlen. Die Arbeit, die drängt, die Meister sie häften, D'rum vorwärts, nur vorwärts, kein Rück' und kein Rasten, Ein knapp einer Woche ist Pfingsten heran Und fertig muß werden der Rohbau bis dann. Doch pöbelisch Geplote und Angstrosen erden, Der "Alte" im Keller lieget und stöhnet; Wie's Linglist geschah, weiß keiner zu sagen, Den Angestellten von dannen sie tragen; Begeistert tragen auf steinigen Wegen. In's armliche Heim ihn seine Kollegen.

Der Maurer verbringt: Wohl lange Wochen

Muß liegen er, da das Müdigat gebrochen,

Doch möglich (so läßt der Frau er in's Ohr),

Dazt ihm erlöset der Tod zubor.

So liegt der Alte da in seinem grauen Haar, Um ihn herum die Frau und auch der Kinder Schaar; Sie schluchzen still und wimmern im ärztlichen Gemach, Bis aus der tiefen Ohnmacht wird spät der Kranken wach. Da spricht mit schwieliger Stim'm er zu dem ältesten Sohn: "Hab' fleißig stets gehaftet bei langem, dürf'gem Lohn, Wie frohe Hauer hab' gemauert ich biendeden. Mit leb' ein kleines Süßchen zur Wohnung war beschrieben. Bald' hal' ich bauen in upp' ger, schöner Pracht, Darin die Reichen wohnen: Das ist des Gelbes Maß. Was ich die Reichen erlang, kann' was' genug. Das Hunger uns zu stillen: Das ist der Armut's Glück! Und wenn von meinen Qualen erlöset mich der Tod, Dann muß ich Euch verlassen in Elend und in Not."

So brod' der Alte, und als kann' ergent der Sterben, Da hört auf zu folgen das Herz voll Gram und Sorgen. Still trug man ihn hinaus, zu seien ihn in's Grab. Manch' Thräne folgte ihm in kalte Erd' hinab.

Und als nun der Sommer verschoben hat, Das Haus baug' Herr Kommerzienrat. Der Theuren Gattin, daß Ruh' sie führe, Verschwieg er des Proletariers Ende. Zur Weihnachtszeit gab es ein großes Fest Und kräftig auf's Geiste die vielen Gäß. Zu gleicher Zeit wird auch im Armenhaus Der Familie des alten Maurers ein Schauspiel: Denn von dem schönen Kommerzienratshaus fehlt sie sämmtliche Annehmeste.

### Literarisches.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, Dieb's Verlag) ist soeben das 8. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt hören wir her vor: Das zehnte Malteser - Beitrag zur Geschichte des Koalitionsrechts in Deutschland. Von Max Schippel. III. - Nachmal Konsum-, Bau- und Sparverein Produktion. Von A. v. Elm. - Eine Nachlese. Von Franz Mehlberg I. - Literarische Rundschau. - Brilleton: Erinnerungen eines Achtkundigerzigers.

### Brieftaschen.

Wengele, M. R. Nach dem Reichsgesetz vom 21. Juni 1889, betreffend die Beschaffung des Arbeit- oder Dienstlohnnes, § 42, ist die Beschaffung des Lohnes zulässig auf die Weisung der direkten persönlichen Staatssteuern und sozialstaatlichen Abgaben an Kreis-, Kirchen-, Schul- und sonstigen Kommunalverbänden mit eingeschlossen, sofern diese Steuern nicht seit länger als 8 Monaten fällig geworden sind. Wer die Beschaffung erledigt, dann habe der Meister nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, den Betrag vom Lohn einzubehalten, aber er mußte denselben aus seiner Tasche bezahlen.

Biere, G. Die Vermögensabgabe der Sperrern hört auf, wenn nicht mindestens alle 14 Tage darüber berichtet wird.

Belgern, S. Für die Ausgabe der Verhandlungsanzeigen für den "Blümmer" müssen Sie selbst Sorge tragen. Altenstein, E. D. Die Verhandlungsanzeigen müssen jedesmal für die Nummer, in die sie aufgenommen werden sollen, besonders eingehandt werden.

### Zentral-Verband der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

#### 6. Hamburg.

#### Bekanntmachung.

#### Das Protokoll

über die Verhandlungen des Verbandsstages soll gedruckt und zusammengefaßt mit dem Protokoll über die Verhandlungen des Bauarbeiterkongresses zum Selbstostenkreise an die Mitglieder abgegeben werden.

Der Preis richtet sich nach der Auflage. Wenn die Bestellungen so zahlreich sind, daß wir eine Auslage von mindestens 20.000 Exemplaren anstreben lassen können, dann beträgt der Preis für beide Protokolle zusammengefaßt 25,- Pf.

Von einem großen Theil Bohlstellen weiß man die Ausgabe des Protokolls sehr wenig Beachtung zu schenken, indem Bestellungen bis heute nicht gemacht sind. Es wird zweckmäßig sein, über die Beschaffung des Protokolls in den Versammlungen zu diskutieren.

Bei dem reizhaften Inhalt beider Protokolle empfehlen sich, alle Mitglieder der einzelnen Bohlstellen durch Verhandlungsbeschuß zu verpflichten, ein Exemplar zu kaufen.

Wir ersuchen die Bohlstellenverwaltungen und Vertraulente, sowohl es noch nicht geschahen, uns umgehend Mitteilung zu machen, wie viel Protokolle am Dritte gewünscht werden.

#### Die Abrechnungen

sind von einem großen Theil Bohlstellen bis heute nicht eingehandt. Laut Statut sollen dieselben bis zum 15. April in den Händen des Kassiers sein. Die Bevölkerung wird erzählt, die Bohlstellenräte anzuhalten, daß die Einwendung der Abrechnungen umgehend erfolgt, wibrigenfalls vor § 27 des Statuts Gebrauch gemacht wird.

#### Vom Vorstande bestätigt

findt die neu gewählten Verwaltungskräfte der Bohlstellen Karlsruhe, Kaufbeuren, Mannheim, Nieders., Friedberg i. Hessen, Fürthberg i. M., Neisnig.

#### Ausgeschlossen

wurden auf Grund § 16 a resp. b des Statuts von der Bohlstelle Düben: Eduard Dorn (Buch-Nr. 077202), Wilhelm Dörk (Buch-Nr. 84280); von der Bohlstelle Barby: Wilhelm Quenstedt (Buch-Nr. 26195), Gottfried Otto (Buch-Nr. 26196), Ernst Schäfer (Buch-Nr. 26193). Dobib Egels (Buch-Nr. 26189), Wilhelm Schermann (Buch-Nr. 26187); von der Bohlstelle Delmenhorst: J. Schäfer (Buch-Nr. 19048), J. Schneiders (Buch-Nr. 19048), J. Ritter (Buch-Nr. 04757), B. Rohrs (Buch-Nr. 26118), H. Ahrens (Buch-Nr. 19008); von der Bohlstelle Stade: Fried. Wedemann (Buch-Nr. 71998), Herm. Gräpp (Buch-Nr. 58894); von der Bohlstelle Alzen: Jakob Künn I (Buch-Nr. 014217), Jakob Gubermann (Buch-Nr. 014210), Jakob Lenz (Buch-Nr. 014287), Jakob Künn II (Buch-Nr. 014245).

#### Als verloren

gemeldet ist das Mitgliedsbuch des Kollegen Richard Vogel (Buch-Nr. 943585); dasselbe wird hiermit für ungültig erklärt.

**Zur Beachtung für die Zahlstellenverwaltungen.**

Es werden nur diejenigen als ausgeschlossen im "Grundstein" veröfentlicht, die auf Grund § 16a resp. b des Statutus ausgeschlossenen sind. Die wegen Schuldens gestrichenen und ausgeschlossenen Mitglieder werden nicht veröfentlicht.

**Der Vorstand.**

J. A.: J. Efftinge, 2. Vorst. **Hauptkasse.**

Von der örtlichen Verwaltung Griesheim b. Darmstadt M. 147, Bielesfeld 101,88, Delitzsch 87,77, Friedrichsberg b. Berlin 94,85, Freibach 74,52, Brückmühlen 60, Mühlheim a. d. R. 50, Diekbach 47,83, Wölfen 94, Kreisfeld 35, Treysheim 27,65, Trebbis (Elbe) 26,92, Meiningen 22,37, Dürsheim 22,24, Coburg 21,64, Siegen 21,38, Hofenburg 21,38, Kast 20,81, Kolberg in Polen 20,77, Frankenholz 19,08, Reitn 18,55, Schönbeck a. d. Elbe 18,20, Herlohn 18,65, Gursingen b. Cäsel 14,50, Cäsel 14,50, Cäsel 14,50, Magdeburg 18,20, Gr. Mechingen 11,88, Berlin 11,55, Borsig 9,75, Inowrazlaw 9,05, St. Gertr. 7,80, Holtenau 6,80, Brückhausen 4,65, Boizenburg 3,74, Gommern 2,60, Bölsdamm 1,62, Leipzig 4,00, Hadersleben 58,70, Waldorf in Geest 50, Heidenheim 51,52, Birna 50,65, Langenbach 40,09, Friederschagen 38,63, Creuzburg a. d. W. 26,85, Helzen 20,87, Kneelingen 19,50, Goisenheim 17,60, Nordhausen 5, Cäsel 17,59, Rosen 17,05, Sainemalze 16,18, Altenbrunnen 15,81, Torgau 12,57, Hohenmölsen 11,58, Langerhütte 11,10, Wohl a. Saale 7,65, Glasglüte 4,51, Stuttgart 5,51, Waltersdorf-Schulendorf 70, Bützendorf 44,53, Pantow 38,97, Lüdenswalde 40, Marchen 33,99, Teltow 20, Podiebusch 16,82, Bredenbeck 16, Alsen 6, Mainz 10,69, Arnsberg 9, Striegau 8,20, Würzburg 2,02, Nöthen 14,12, Speyer 27,50, Hersbruck 25,92, Malchenburg i. Schel. 26,70, Hettengau 16,82, Gr. Karben 14,81, Oerstein 11,06, Göppingen 9,86, Kellingen 29, Feuerbach 16,12, Raumberg 8,26, Nürnberg 22,94, Eisenberg 67,42, Griesheim a. Main 16, Barby 48,97, Greifensegen 14,85, Hemmendorf 29,10, Befle 5, Cäsel 23,70, Artern 23,19, Wölfenbüttel 18,54, Lemnath 8,58, Aue i. Erzgebirge 7, Hagenow 2,70, Summa M. 3705,86.

**Streifzonde.**

Wilhelmshaven M. 100, Güstebiese 20, Wilhelm a. d. Ruhr 50, Bielefeld 63,38, Delitzsch 12,28, Brückmühlen 20, Weisenbach 11,03, Bölis 4,28, Kreisfeld 3,86, Hohenlimburg 10,95, Wölfen 7,60, Cäsel 14,55, Schönbeck a. d. Elbe 6,80, Herlohn 7,60, Cäsel 14,55, Inowrazlaw 5,20, St. Gertr. 1,95, Bölsdamm 4,45, Flensburg 40, Ludwigshafen (Agitationsskommission durch Hartmann 35,18, Effen a. d. Ruhr 50, Wittenberg 16,03, Bölsdamm 18,24, Hadersleben 6,80, Friederschagen 110,03, Helzen 8,55, Wöfen 12,75, Torgau 10,78, Langerhütte 11,50, Mainz (Agitationsskommission durch Süßker 100, Lüdenswalde 40, Bützendorf 2,48, Teltow 7,60, Podiebusch 2,85, Bredenbeck 4,30, Würzburg 8,26, Speyer 27,50, Düsseldorf 1,62, Walbenburg i. Schel. 12,22, Kellinghusen 1,20, Feuerbach 7,6, Raumberg 81,90, Soest 5, (wohl Einzelhandelsfirma) 6,60, Eschweiler 200, Nürnberg 33,88, Eisenberg 28,18, Griesheim a. Main 16, Barby 6, Greifensegen 8,40, Hemmendorf 19,20, Befle 5, Cäsel 23,70, Nambach 45,90, Summa M. 1845,41.

Hamburg, den 1. Mai 1899.

J. Röster,

Hamburg-St. Georg, Neue Bremerstr. 16, 1. Et.

**Zentral-Krankenkasse**  
der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure  
Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ (v. J. Nr. 7).

Im der Woche vom 23. bis 29. April sind folgende Verträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Weissenbach 250, Oranienburg 300, Groß-Schneidau 300, Hamburg 300, Tübingen 200, Nienstedten 150, Staunheim 100, Dössau 100, Leibnitz 100, Schwedt 43,90, Uelzen 50, Böslar 35, Summa M. 2028,90. Büchsen erhielten: Wülfing-Gremmendorf 200, Geisnitz 200, Alt-Wartburg 100, Niederhäsling 75, Eichen 70, Summa M. 645.

Göttingen, den 29. April 1899.

Karl Reiss, Hauptkassier, Friedrichsbaderstr. 28.

**Anzeigen.**

(Schluß für Annoncen-Ausnahme Dienstag Morgens 8 Uhr.)

**Sterbetafel.**

Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Sterbetafeln der Verbandsmitglieder, soweit wir innerhalb einer Woche nach dem Sterbedatum Mitteilung erhalten. Die Tafeln kostet 16,-)

**Tafel a. d. S.** Am 16. April starb nach kurzen Leiden unser Verbandskollege **Wilhelm Bohne** im 33. Lebensjahr.

**Bitterfeld.** Dienstag, den 26. April, verstarb unser Kollege und Mitbegründer der hiesigen Zahlstelle **Hermann Terpe** im Alter von 41 Jahren an der Prostaterkrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

**Aufforderung.**

Mir erfreuen die Kollegen **Schütz** (Buch-Nr. 87505) und **C. Breiholz** (Buch-Nr. 2944), ihren Verpflichtungen der Zahlstelle Tondern gegenüber nachzukommen. Sollen ihre Wünsche in irgend einer Zahlstelle bekannt sein, so bitten wir um Nachricht.

Die örtliche Verwaltung der Zahlstelle Tondern.

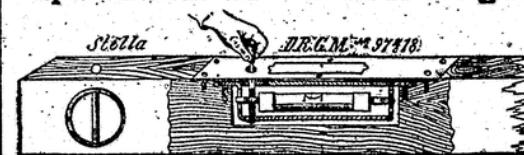
**Liegnitz.**

Ms Streifzondeskritter fungirt Kollege.

**Joseph Neumann**, Spoorstr. 12.

# Kahnt & Richter, Altenburg (S.-A.),

**Spezialfabrik für Wasserwagen, Senklothe etc.**



Wir machen die gehirten Maurer und Bauteilewerker auf unsere unter nebenstehender Nummer geschätzte geschätzte aufmerksam. Diese kann bei Unmöglichkeit von Feidermann selbst regulirt werden! Du haben in jeder Eisenwarenhandlung, nicht direkt aus der Fabrik. Bei Bedarf berufe man sich auf unsere Firma.

**Stukkateure!**

Alle Kollegen, welche der Filiale Hannover vom letzten Streit noch Darlehen schulden, werden gebeten sich ihrer Pflicht zu erinnern, widerbringend ihre Namen publiziert wird.

Der Vorstand der Filiale Hannover.  
[M. 2,10]. J. A.: L. Bachmann, Gundstr. 24.

**Warnung**

Alle Zahlstellen und Kollegen werden hiermit vor einem gewarnt.

**Theodor von Salewsky** gewarnt. Der selbe tritt als Referent auf und sucht dabei die Kollegen zu seinem Vortheil auszunutzen.

Münster i. W. Die örtliche Verwaltung.

**Zahlstelle Stettin.**

Meine Wohnung befindet sich ab 1. Mai:

**Kronprinzenstraße 20, H. 3. Et.**  
R. Marks, Bevollmächtigter.  
[M. 1,80]

**Guten Verdienst**

sichern sich tüchtige Herren, welche mit e. neuen patentierten und preiswürdigen Artikel, Architekten, Bauteilewerker, Maschinenbauer und Töpfer &c. besuchen wollen. Generalbetrieb: Albert Schmidt, Hamburg, Bürgerweide 69.

**Zahlstelle Hohenlimburg i. W.**

Sonntag, den 7. Mai, im Saale des Herrn Womke, Bahnhofsrastaurant:

**Erstes Stiftungsfest.**

Alle Kollegen der umliegenden Zahlstellen werden freimüthig eingeladen.

Die Zahlstelle Lauchröden b. Eisenach feiert **Erstes Stiftungsfest**, wozu die Kollegen der Himmelsrichter & umliegenden Zahlstellen freimüthig eingeladen werden. [M. 1,50] Die örtliche Verwaltung.

**Zahlstelle Nauen.**

Sonntag, den 7. Mai, findet unser diesjähriges

**Stiftungsfest**

im „Schützenhaus“ statt. Anfang des Concerts Nachmittags 4 Uhr. Abends 8 1/2 Uhr: Ball.

Alle Kollegen von Nauen und Umgegend werden hierdurch freimüthig eingeladen.

[M. 2,70] Das Comité.

**Zahlstelle Altenburg und Umg.**

Sonntag, 14. Mai, im „Waldschlößchen“:

**Erstes Stiftungsfest.**

Anfang Nachmittags 3 Uhr.

Kollegen und Freunde laden freimüthig ein.

[M. 2,70] Das Festcomité.

**J. Blume & Co.,**

Hamburg.



Täglicher Verband unserer bekannten, echt englisch-Lederneuen und Manchester

**Arbeits-Artikel** und Isolander Jacken.

Muster u. Preislisten gratis.

**J. Blume & Co.,**

Hamburg.

**Leberhosen-Fabrikant**  
**W. Ad. Langer, Leubsdorf i. Sachs.**

empfiehlt sich zur Lieferung seiner bewährten

**Double-Leder-Hosen**

in silbergrau, weiß gebleicht u. dunkelfarbig. I. Qualität, ganz stark, schwer, pro Paar M. 5; II. Qualität, mittelstark, halbschwer, pro Paar M. 4,50, frei in's Haus gegen Nachnahme. Bitte Musterkarte ev. Probeklothe zu verlangen.

**Quittingsmarken**

Lokalsondemarken, Streifzondemarken, Quittungskarten, Kontrollkarten, Sammelkarten,

sowie alle Druckarbeiten liefert sauber und preiswert

**Conrad Müller,** Schleinitz-Leipzig, Illustrirte Preislisten gratis.

**Kollegen Deutschlands!** Tondern, prima, 2. Kl. Schmied, M. 6,50, II. (2 1/2 schwierig) M. 4,80, III. M. 2,50 sofort. Streng reell. Nicht Gefallen, nehme retour. Koll. Rohlfeld, Dresden-N., Millerstr. 4.

**Arbeitsmarkt**

Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der dem Reichstag

der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche für den Preis von

24 pro Seite bestimmt gemacht. Nur jede Versammlung werden jedoch nur zwei Seiten zur Verfügung gestellt. Die einzelnen müssen für jede Versammlung einzeln bezahlt werden.

(Aus: „Der deutsche Arbeitsmarkt“)

50 Maurer gelingt gegen guten Lohn bei dauernder Arbeit zum sofortigen Eintritt vom Bochumer Verein, Bochum.

**Verbandsversammlungen der Maurer.**

Sonnabend, 6. Mai: Borsig, 5 Uhr in der Werkstatt. G. ist Pflicht aller Mitglieder.

Bornhöved, zu erscheinen.

Sonntag, 7. Mai: Belger, 5 Uhr im Saal des „Zum weißen Ross“. Gesellen aller

Städte sind eingeladen. Bitterfeld: W. bei Delitzsch: Mitgliederversammlung. Bahnhofsgebäude.

Großheringen: 6 Uhr in der „Glockenhütte“. Alle Kollegen müssen

kommen. Meuselwitz: Nachmittags 5 Uhr im „Wienhammer“. Die Kollegen werden

Riednitzstädt, 5 Uhr in der „G. Schneid.“. Alle Männer müssen

Nienstedten, 5 Uhr in der „G. Schneid.“. Alle Männer müssen

Osnabrück: Sonnabend 11 Uhr im „Döhringers Hof“. Um zehntelstes Gr.

Stendal: So. Vannat

Tambach: So. Vannat

Montag, 8. Mai: Celle, 5 Uhr. T. O.: Wie stellen sich die Kollegen zur Aushebung

der Sammlungen für Witwen? Mitgliederversammlung. Bahnhofliches Gesellen der Mitglieder

Liegnitz, sehr empfohlen.

Dienstag, 9. Mai: Eberfeld, 5 Uhr bei Reuß, Kleibahn. Bahnhofliches Gesellen

Gera: erforderlich. Wittenberg: 5 Uhr bei Schöppen: Mitgliederversammlung. Bahnhofliches Gesellen wieder.

Mittwoch, 10. Mai: Allenstein, 5 Uhr bei Dörr, Bürgergarten: Bahnhofliches Gesellen notwendig.

Sonnabend, 13. Mai: Rossien, 5 Uhr: Verbandsversammlung. Alle Mitglieder müssen

erscheinen.

Sonntag, 14. Mai: Annaburg: Nachmittags 2 Uhr: Mitgliederversammlung. Tagesordnung

Nachmittags 3 1/2 Uhr bei Oberhausem, Treuenbrietzenstrasse.

Luckenwalde: 5 Uhr. Mitglieder sind bringend notwendig.

Nauhaldenstädt: Nachmittags 3 1/2 Uhr. Täglichliches Gesellen unbedingt

(bis zum 1. Mai angelegte Versammlung fällt aus). Alle Kollegen Steinbeck, wollen pünktlich am 14. erscheinen.

**Deutschenische Maurerversammlungen.**

Sonntag, 7. Mai: Bingen, im Saale der Aktien-Bierbrauerei. Abend: T. Stein-Goldau.

Stade: Nachmittags müssen erscheinen.

Nachmittags 5 Uhr bei Holthausen in Schönbach. Um zahlreichen Besuch

jedes wird gebeten.

Druck: Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Klemm & Co. in Hamburg.